Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt" und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote" erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46.

Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 14. Dienstag, den 18. Januar 1910. 17. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Englische Kämpfe.

Im Verlaufe des englischen Wahlkampfes hat sich die Situation immer mehr auf die Frage zugespitzt: Schutzzoll, oder Freihandel? Ob die Liberalen, wenn sie siegen, die Abschaffung des Vetorechtes des Oberhauses erlangen würden, ist noch eine Sache mit verschiedenen Fragezeichen; wohl aber ist es sicher, daß die Konservativen, falls sie das Heft in die Hände erhalten, Schutzzölle einführen würden. Es verlohnt sich deshalb, dem kapitalistischen Interesse, das dahinter steckt, etwas näher zu treten.

Es ist von den englischen Schutzzöllnern den Wählern vordemonstriert worden, was alles für Waren die ausländische Konkurrenz nach England importiere. Sie haben aber wohlweislich unterlassen, hinzuzufügen, daß das englische Großkapital bereits ohne gesetzgeberisches Eingreifen auf dem Wege ist, diese Konkurrenz auszuschalten, und zwar indem es sich mit ihr verbündet. Ein sprechendes Beispiel dafür ist das internationale Schienenkartell. Die englischen, belgischen und deutschen Schienenwerke waren die ersten, die sich zu einem internationalen Kartell zusammenschlossen. Aber dann kam die amerikanische Konkurrenz auf. Diese hat 1900 und 1901 die Schienenpreise in England gedrückt (Deutschland war durch seine Eisenzölle geschützt). Die Amerikaner haben damals durch ihr Unterangebot, wie Dr. H. Lewy in seinem Buch über englische Monopole nachweist, den Schienenpreis von 7 auf 6 Pfd. Sterl. heruntergebracht. 1905 schlossen sich auch die amerikanischen Werke der internationalen Abmachung an, die die Absatzgebiete der Welt unter die einzelnen Kartelle verteilt. Nun konnten die Engländer 1907 ihren Schienenpreis wieder bis auf 7 Pfd. hinaufschrauben, und die amerikanische Zufuhr unterblieb gänzlich, obwohl zur selben Zeit der Schienenpreis in Amerika nur 5¾ Pfd. Sterl. betrug! Was braucht man da noch Zölle, wenn man sich einfach einigen kann, die Konsumenten hüben und drüben zu schröpfen? Geschweige schon von den großen Zusammenhängen zwischen Produktion und Konsumtion, die es bedingen, daß der hohe Preis zum Ruin der Industrie führen kann, wenn der Massenkonsum ausbleibt!

Anderseits verstehen es die englischen Kartelle vorzüglich doppelte Preise zu führen. Dr. H. Lewy zeigt das an dem Beispiele des englischen Stahlwerksverbandes, der regelmäßig zwei Preislisten führt: einen Inlandspreis und einen Auslandspreis, welch letzterer um 15 bis 20 Prozent geringer ist. Kurz, sie machen es genau so, wie die Kartelle anderwärts.

Das sind in den Augen des Großkapitals nicht etwa Gründe gegen den Schutzzoll, sondern das sind die wichtigsten kapitalistischen Gründe für den Schutzzoll. Denn, wenn zu den Kartellen auch noch die Zölle kommen, dann ist das kapitalistische Monopol fertig. Man geht in England den umgekehrten Weg, wie in Deutschland: hier haben die Zölle die Kartelle gefördert — dort agitieren die Kartelle für die Zölle. Die englische Schutzzollbewegung war durch die Schutzzölle auf dem Festlande und in Amerika provoziert worden; dann erschien sie als ein Teil des Imperialismus; aber erst die Kartelle, die in den letzten Jahren auch in England emporblüten, verliehen ihr ihre gegenwärtige Bedeutung. Hinter dem Vorwande, die ausländische Schleuderkonkurenz abzuwehren, geht man darauf hinaus, die Konkurrenz überhaupt zu beseitigen, die Industrie zu monopolisieren.

Nun wollen wir noch eine dritte Reihe von Tatsachen berücksichtigen. Nach einer Zusammenstellung des »Journal of the Royal statistical Society« wurden von englischen Kapitalisten in fremdländischen Effekten — ohne Indien und die englischen Kolonien — 1381,6 Millionen Pfund Sterling, oder 27 632 Millionen Mark angelegt! Von dieser kolossalen Summe bestand nur der geringste Teil aus Staats- und Kommunalanleihen, nämlich 191,5 Millionen Pfund Sterling, alles andere waren Werte privatkapitalistischer Unternehmungen. 1078 Millionen Pfund Sterling, über zwanzig Millionen Mark englisches Kapital stecken in fremdländischen Eisenbahnen, Bergwerken, Fabriken, Gas- und Wasserwerken, Docks, Tramways, Brauereien, Elektrizitäts-Gesellschaften 2c. 2c. Dabei ist diese Statistik noch gar nicht einmal vollständig, weil viele englische Geschäftsbeteiligungen im Auslande überhaupt nicht kontrolliert werden können. So wird die ausländische Konkurrenz, über die man sich vor den Wählern beklagt, von England aus gespeist.

Die Hauptzölle in England würden die Stellung der Kartelle im Auslande stärken, denn der offene englische Markt dient jetzt für die einzelnen Werke als Anreiz, die durch die Kontingentierung gezogenen Produktionsgrenzen zu überschreiten. Der Abschluß internationaler Preis- und Handelskonventionen wird dadurch erleichtert werden und dem englischen Großkapital, das hüben und drüben pekuniär engagiert ist, sehr zu statten kommen. Darum steht denn auch die Londoner City im Vordertreffen der Wahlkämpfe auf konservativer Seite.

Der Kampf geht zwischen dem monopolisierenden Großkapital und der liberalen Bourgeoisie. Aber diese hat den Mut nicht, das einzugestehen. Sie schimpft mit ihrem Cicero Lloyd George über den Landadel, wenn ihr die Matadoren der Börse Faustschläge ins Gesicht versetzen. Sie lenkt die Aufmerksamkeit der Massen von dem wirklichen Feinde ab — darin liegt die Schwäche der liberalen Wahltaktik. Die Konservativen ihrerseits haben einsehen müssen, daß der Schutzzoll bei den Massen nicht in der von ihnen gewünschten Weise zieht, darum haben sie den bekannten Kriegsradau entfesselt. Das kam den Liberalen ebenso zugute, wie die Zuspitzung der Kämpfe zu einem Verfassungsstreit. Aber in dem Moment, wo sie durch nüchterne Beleuchtung den Wauwau verscheuchten, trat der Imperialismus hervor, vor dem sie selbst Poß machten.

Es gibt zwei Arten Imperialismus: einen konzentrierten und einen diffusen. Der konzentrierte Imperialismus ist klar und resolut — dadurch aber läßt er die Konsequenzen und Gegensätze scharf hervortreten und entfesselt den stärksten Widerstand; der diffuse will keine Konsequenzen, er kann sich deshalb leichter plausibel machen, was jedoch nicht hindert, daß die Konsequenzen sich einstellen, und er muß sie ziehen, oder er wird von dem anderen abgelöst. Man braucht die augenblickliche Kriegshetze der Konservativen gegen Deutschland nicht ernst zu nehmen, darf aber deshalb nicht übersehen, daß es die liberale, jetzt so friedfertige englische Regierung war, die voriges Jahr beinahe einen europäischen Krieg entfesselte.

Nunmehr versuchen es die Liberalen, ihren Imperialismus mit dem Freihandel zu übertünchen. Allein der englische Freihandel hat eine alte Rechnung vor dem Volke zu begleichen. Er hat den Arbeitern Wohlstand und Frieden versprochen. Die englischen Arbeiter warteten 60 Jahre lang auf die Erfüllung dieses Versprechens. Jetzt wurde ihre Rechnung — welche Ironie der Geschichte! — von den kapitalistischen Schutzzöllnern präsentiert: sie zeichneten den ausgehungerten Arbeiter und schrieben darunter: „Das ist der Freihandel!"

Das ist der Freihandel! 1847 hieß es im gleichen Fall: „Das ist der Schutzzoll!" Haben die englischen Arbeiter während dieser 60 Jahre gar nichts gelernt? Die Wahlen werden es zeigen, denn die englischen Arbeiter haben jetzt ihre eigene Partei! Parvus.

Politische Rundschau

Deutschland.

Interpellationen im Reichstage.

Im Reichstage herrschte am Montag eine fast vollständig sehr seltene Einmütigkeit über zwei sehr wichtige Fragen. Die Besprechung der nationalliberalen und ultramontanen Interpellationen über die Privatbeamtenversicherung ergab die Einmütigkeit des Reichstages über die Notwendigkeit der baldigen Einführung dieser Versicherung, die die Regierung, als deren Mundstück der unerträglich trockene Delbrück fungierte, natürlich herauszuschieben beabsichtigt. Kurz und knapp legte Genosse Heine den Standpunkt unserer Fraktion dar, wonach es sich keineswegs empfiehlt, eine besondere Versicherung der Privatbeamten zu schaffen, vielmehr diese Versicherung der Arbeiterversicherung anzugliedern ist.

Weiter beschäftigte den Reichstag in der übrigens sehr schwach besuchten Montagssitzung die Frage der Unterstützung der brotlos gewordenen Tabakarbeiter. Die Genossen Geyer und Molkenbuhr legten mit strenger Sachlichkeit dar, daß die ausgeworfenen 4 Millionen nur ein Tropfen auf den heißen Stein sind, und daß die Zuweisung der Unterstützungen in engherzig bureaukratischer Weise erfolgt. Der Reichsschatzsekretär Wermuth antwortete mit Ausflüchten und erwarb sich durch seine versteckte Verweisung der Tabakarbeiter an die unter schrecklicher Leutenot jammernde Landwirtschaft den wohlverdienten Dank der Agrarier. Die Besprechung der Interpellation ergab, daß wenigstens in der Frage der Einbeziehung der Zigarettenarbeiter der weitaus größte Teil des Hauses mit der von unserer Partei vertretenen Forderung einverstanden ist. Ob das freilich die Regierung zum Nachgeben bestimmen wird, steht dahin. Am Dienstag steht in erster Linie unsere Interpellation über die empörenden Vorgänge in dem Mansfelder Revier auf der Tagesordnung.

Gegen das Reichskaligesetz.

Wie die „Deutsche Tageszeitung" meldet, sollen im Bundesrate sehr lebhafte und tiefgehende Meinungsverschiedenheiten und Gegensätze über den Erlaß eines Kaligesetzes, namentlich über die jetzige Form, hervorgetreten sein. Auch in parlamentarischen Kreisen sollen für die jetzige Form nicht genügend Anhänger zu finden sein. Vor allen Dingen glaubt man die Hannöverschen Grundbesitzer durch dies Gesetz benachteiligt, da sie nicht als die „Abbauberechtigten", die das Gesetz entschädigt, zu betrachten seien. Man will daher ohne jede Produktionseinschränkung nur ein Gesetz gelten lassen, das kontingentiert und das Überkontingent mit höheren Abgaben belegt. Hierbei sollen die jüngeren und jüngsten Werke, die jedesmal neu eintretenden Werke mit geringeren Quoten anfangen.

Wieder eine Beschwichtigung.

Die beabsichtigte Entlastung des Reichsgerichtes dadurch, daß gegen Urteile eine Revision dann nicht mehr zulässig sein soll, wenn zwei Instanzen gleichmäßig entschieden haben, hat in den weitesten Kreisen Bedenken wachgerufen. Um diesen entgegenzutreten, wird jetzt erklärt, daß Revisionen nur dann unzulässig sein sollen, wenn sie lediglich auf formale Gründe sich stützen. Aber auch in diesem Falle bedeutet die Absicht der Regierung eine Verschlechterung der Rechtsprechung, dagegen helfen alle Beschwichtigungen nichts.

Der Erfolg der Agrarzölle.

In welchem Maße durch die letzten Erhöhungen der landwirtschaftlichen Schutzzölle die Preise der Landgüter und der Bodenpachten gestiegen sind, dafür liefert die dem preußischen Abgeordnetenhause von dem Landwirtschaftsministerium zugestellte Übersicht über die Domänenpachtungen interessante Belege. Nach dieser Übersicht sind im Jahre 1909 in Preußen im ganzen 26 Domänen mit einer Fläche von 9721 Hektar neu verpachtet worden. Sie waren bis dahin in der Anfang der 90er Jahre beginnenden Pachtperiode zu einem Pachtpreis von 447 580 Mk. verpachtet gewesen; ergeben aber jetzt bei ihrer Neuverpachtung einen Pachtzins von 491 734 Mk., also 44 154 Mk. mehr als in der abgelaufenen Pachtperiode. Nur 6 von diesen 26 Domänen brachten bei der Neuverpachtung einen geringeren Pachtzins. Dabei muß noch berücksichtigt werden, daß der Flächeninhalt der neu verpachteten Domänen jetzt um 431 Hektar kleiner ist als in der vorigen Pachtperiode. Zu Johannis 1910 läuft für weitere 27 Domänen die bisherige Pachtperiode ab, die 1892 begann. Auch diese Domänen sind bereits wieder neu verpachtet worden. Sie ergeben gegenwärtig eine Pacht von zusammen 531 693 Mark und sind von Johannis 1910 ab zum Pachtpreis von 596 462 Mk. verpachtet worden. Sie liefern also einen um 64 769 Mk. oder 12 Proz. höheren Pachtzins.

Die „Rechtfertigung" eines Polizeistreiches.

Von der Auflösung der Berliner freien Jugendorganisation durch den Polizeipräsidenten haben wir schon kurz Notiz genommen. Diesen Streich gegen die proletarische Jugendbewegung sucht der oberste Polizeigewaltige der Reichshauptstadt mit folgender, der Presse zugesandten Begründung zu rechtfertigen:

„Der Vorstand des Vereins Freie Jugendorganisation Berlins und Umgebung ist seitens des Polizeipräsidiums benachrichtigt worden, daß die Auflösung der Freien Jugendorganisation auf Grund des § 2, Absatz 1, des Reichsvereinsgesetzes vom 19. April 1908 erfolgt. Der Verein ist ein politischer Verein im Sinne des § 3 des Reichsvereinsgesetzes, mit dem aus den §§ 1, 3 und 4 des Vereinsstatuts sich ergebenden Ziele, eine Organisation von Jugendlichen unter 18 Jahren zu sein. Er verfolgt damit einen Zweck, der einem Staatsgesetze zuwiderläuft. Das Reichsvereinsgesetz bestimmt nämlich in § 18, Absatz 5: Strafbar macht sich, wer als Vorstand oder als Mitglied des Vorstandes eines Vereins entgegen den Vorschriften des § 17 dieses Gesetzes Personen, die das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, in dem Verein duldet, und nach § 18b desselben Gesetzes ist zu bestrafen, wer entgegen den Vorschriften des § 17 des Gesetzes als Jugendlicher unter 18 Jahren in einer Versammlung eines politischen Vereins, sofern es sich nicht lediglich um eine Vereinsveranstaltung zu geselligen Zwecken handelt, anwesend ist. Es handelt sich also lediglich um eine Maßnahme, die zur Ausführung des Reichsversicherungsgesetzes durchgeführt werden mußte, und zwar im Anschluß an die politische Überwachung der am 10. Oktober v. J. einberufenen Versammlungen der Jugendorganisation mit dem Thema: Jugendschutz und Jugendfürsorge. In Breslau ist übrigens dieselbe Organisation schon vor mehreren Monaten polizeilich aufgelöst worden, weil dieselbe ein politischer Verein ist, und die Entschließung des Polizeipräsidiums ist dort vom Bezirksausschuß bestätigt worden."

Die ganze „Begründung" der Auflösungsverfügung beschränkt sich also darauf, daß der Verein sich mit politischen Angelegenheiten befasse, der Beweis für diese Behauptung aber wird ganz einfach darin gefunden, daß von

ihm einmal ein Vortrag über Jugendschutz und Jugendfürsorge veranstaltet worden sei! Wir müssen gestehen, einer gleich oberflächlichen, dem Sinn des Gesetzes ins Gesicht schlagenden Auslegung des „liberalen" Reichsvereinsgesetzes sind wir noch selten begegnet, obwohl wir in der kurzen Zeit des Bestehens dieser liberalen Blockfrucht doch schon so manches erlebt haben. Der aufgelösten Jugendorganisation bleibt nun vorläufig nichts weiter übrig, als die ungesetzliche Maßregel des Polizeipräsidenten auf dem Wege der Beschwerde und des Verwaltungsstreitverfahrens anzufechten. Bis dahin müssen die Berliner Arbeiterjugend und die Organisation der Erwachsenen nach Mitteln und Wegen suchen, um den Zweck der proletarischen Jugendbewegung zu erreichen auch ohne festgefügte Organisation. Wir sind überzeugt, daß ihnen dies ohne allzu große Schwierigkeiten gelingen und der Polizeistreich sich schließlich wieder einmal als ein Teil von jener Kraft erweisen wird, die das Böse wollte und dabei doch das Gute schaffte.

Aus dem preußischen Landtage.

In der am Montag fortgesetzten Etatsdebatte kam als erster Redner Abg. Wiemer (FVp.) zum Wort, der zunächst eine scharfe Abrechnung mit der Kulturkampfrede des Abg. Herold vom Sonnabend hielt und sich dann gegen die beabsichtigte Einführung von Schiffahrtsabgaben wandte. Nach ihm sprach Freiherr von Zedlitz (Freikons.) und als dritter Redner unser Vertreter, Genosse Hirsch.

Der Herr Major.

Der preußische Finanzminister, Freiherr von Rheinbaben ist anläßlich des Ordensfestes zum Major befördert worden, der Staatssekretär des Innern ist dagegen immer noch Hauptmann und von Herrn Dernburg wird erzählt, daß er es überhaupt nur bis zum Unteroffizier gebracht habe.

Reichskanzler und preußischer Ministerpräsident.

Herr von Bethmann-Hollweg ist im Reichstag ein überaus seltener Gast, fast noch seltener als sein Vorgänger Fürst Bülow. Allgemein hatte man erwartet, daß der Reichskanzler die Interpellation betreffs Kattowitz im Reichstag persönlich beantworten werde. Das ist bekanntlich nicht geschehen, vielmehr wurde die Beantwortung dem Staatssekretär Delbrück überlassen. Anders im preußischen Landtag. Dort hatte das Zentrum die gleiche Interpellation eingebracht und wie bestimmt versichert wird, gedenkt Herr von Bethmann-Hollweg diese Interpellation persönlich zu beantworten.

Wieder ein Protest gegen Dernburg.

Die Diamanten-Interessenten in Lüderitzbucht haben sich auf telegraphischem Wege beschwerdeführend an den Reichstag gewendet. Die Angaben des Herrn Dernburg über die einzelnen Diamantgesellschaften werden als völlig unzutreffend bezeichnet. Staatssekretär Dernburg hat bereits in der Budgetkommission angekündigt, daß er sich die eigentliche Abrechnung mit den Lüderitzbuchtern für das Plenum des Reichstages vorbehalten werde.

Der wirtschaftliche Ausschuß

ist am Montag in Berlin zusammengetreten, um über den Handelsvertrag mit den Vereinigten Staaten, sowie über die französischen Zollerhöhungen zu beraten. Es steht zu hoffen, daß man nicht wieder in denselben Fehler verfällt, als bei der Begutachtung des deutsch-portugiesischen Handelsvertrages, wo es versäumt wurde, Vertreter jener Industrien zu hören, die durch den Vertrag erheblich geschädigt werden.

Die preußische Wahlreform.

Wie dem „Berliner Tageblatt" versichert wird, ist die preußische Wahlrechtsvorlage bereits fix und fertig. Als der Verfasser des neuen Wahlgesetzes wird der Geheime Oberregierungsrat Falkenhayn bezeichnet, dem seinerzeit die politische Erziehung des Kronprinzen anvertraut war und der allgemein als stockreaktionär angesehen wird. Herr von Falkenhayn soll auch gesprächsweise bereits zugegeben haben, daß der Freisinn an der neuen Vorlage wenig Freude haben wird. Aus seinen Äußerungen sei zu entnehmen, daß die indirekte Wahl beseitigt wird und daß innerhalb der einzelnen Klassen ein nach Bildung und Besitz abgestuftes Pluralwahlrecht geschaffen wird. Dagegen ist man entschlossen, an der öffentlichen Abstimmung unbedingt festzuhalten. Die Regierung rechnet darauf, daß die Nationalliberalen einem solchen Wahlrecht ihre Zustimmung geben. Es besteht die Absicht, die neue Vorlage dem Landtag Ende Februar zugehen zu lassen.

Dem Verdienste — seinen Orden.

Bei dem großen Ordensfest, das am Sonntag in Berlin abgehalten wurde, gelangten insgesamt 4116 Orden zur Verteilung. Hiervon entfielen auf: Großkreuz des Roten Adlerordens 7, Roten Adlerordens 1. Klasse 6, 2. Klasse 113, 3. Klasse 207, 4. Klasse 1109, Kronenorden 1. Klasse 11, 2. Klasse 177, 3. Klasse 332, 4. Klasse 343, Hausorden von Hohenzollern 15 und allgemeines Ehrenzeichen 1796.

Im vergangenen Jahre sind 3959 Orden verliehen worden.

Zur Einigung der Liberalen.

Nun hat auch die dritte der linksliberalen Parteien zur liberalen Einigung Stellung genommen. Der Zentralausschuß der Freisinnigen Volkspartei hat Sonnabend und Sonntag die Frage der Einigung, sowie Programm und Organisation der neuen Partei beraten. Es wurde einstimmig eine Resolution angenommen, die sich für den Zusammenschluß der drei linksliberalen Parteien ausspricht. Der Parteitag der Freisinnigen Volkspartei soll am 5. März und der konstituierende Parteitag der neuen Partei am 6. März in Berlin stattfinden.

Die Mitwirkung bei den Wahlrechtskundgebungen am 30. d. Mts. in Elsaß-Lothringen zugesagt hat auf Anfrage des Sozialdemokratischen Vereins in Mülhausen i. E. die bürgerliche Demokratie, indem sie ihre Bereitwilligkeit aussprach, für die unter freiem Himmel geplante große Massenversammlung auch einen Redner zu stellen. Im Anschluß hieran soll ein Demonstrationszug durch die Straßen der Stadt erfolgen. Der Vorstand des Liberalen Vereins lehnte die Beteiligung an dem Zuge aus „prinzipiellen Gründen" ab, behält sich aber vor, in Versammlungen für das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht ebenfalls mitzukämpfen. Die Zentrumspartei hat zu der sozialdemokratischen Umfrage noch nicht Stellung genommen.

Ein Weißbuch über die Bergwerksinteressen in Marokko

ist dem Reichstag zugegangen. Die Denkschrift enthält 73 Aktenstücke, die in der Angelegenheit der Gebrüder Mannesmann mit Marokko ausgetauscht worden sind. In einem Schlußwort sagt die Regierung, daß sie unter Beachtung der Algeciras-Akte vollkommen korrekt gehandelt habe.

„Die Reichstagsabgeordneten folgen uns wie die jungen Hunde."

Die „Berliner Morgenpost" veröffentlicht eine sensationelle Nachricht über eine angebliche Äußerung des in letzter Zeit viel erwähnten deutschen Staatssekretärs v. Schoen, die er in einer französischen Gesellschaft getan haben soll. Das Blatt, das die Meldung seines Gewährsmannes mit allem Vorbehalt wiedergibt, schreibt:

„In einer Gesellschaft, die in der Hauptsache von französischen Politikern besucht war, erzählte eine an sehr hervorragender Stelle stehende amtliche Persönlichkeit, daß eines Tages der Staatssekretär des auswärtigen Amtes v. Schön mit dem französischen Botschafter Cambon über die Angelegenheit der Gebrüder Mannesmann in Marokko konferiert habe. Herr von Schoen gab dem Botschafter beruhigende Erklärungen über die Haltung der deutschen Regierung in dieser Frage. Dabei seien auch die heftigen Artikel, die in einigen deutschen Blättern in dieser Angelegenheit erschienen waren, zur Sprache gekommen, Herr v. Schoen soll nun bei dieser Gelegenheit gesagt haben: „Lassen Sie sich durch diese Preßartikel nicht irre führen. Die Regierung hat damit nichts gemein, und wenn die Reichsregierung ernsthaft gewillt ist, etwas zu tun, so folgen uns die Reichstagsabgeordneten wie die jungen Hunde."

In der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" werden die, dem Staatssekretär v. Schön in den Mund gelegten Worte: „Uns folgen die Reichstagsabgeordneten wie die jungen Hunde" als böswillige Erfindung bezeichnet.

Schweden.

Der Reichstag wurde gestern mit einer Thronrede eröffnet, welche die Beziehungen zu den auswärtigen Mächten als gute bezeichnet und hervorhebt, daß der alte schwedisch-norwegische Grenzstreit endlich durch ein Schiedsgericht geregelt worden ist. Die Thronrede erwähnt sodann den vorjährigen ernsten Arbeiterausstand, der den Anlaß gegeben hat zur Ausarbeitung von Gesetzentwürfen, um Arbeitseinstellungen zu verhüten. Ein Gesetzentwurf, betreffend die Revision des Zolltarifs, wird demnächst vorgelegt werden. Ungeachtet der großen Ersparnisse für 1911, in welchem Jahre die Gesamtsumme der Erfordernisse geringer ist als diejenige für 1910, würden neue Steuern notwendig sein, unter anderem eine Erhöhung des Eingangszolles auf Kaffee, eine Erbschaftssteuer, ebenso eine Einkommen- und Vermögenssteuer. Das Budget für 1611 balanciert mit 229 411 000 Kronen. Unter den bedeutendsten Erfordernissen befindet sich dasjenige für Verkehrswege in Höhe von 13 313 000 Kronen. Die außerordentlichen Anforderungen für Armee und Marine sind im Vergleiche zu 1910 infolge der Finanzlage bedeutend verringert worden. Bei der Marine belaufe sich die Herabminderung auf 2½ Millionen Kronen. Für den Fonds der Arbeiterversicherung sind 1 400 000 Kronen zurückgestellt worden.

England.

Weitere Wahlniederlagen der Liberalen. Über die gestrigen Wahlen wird berichtet: Bis abends 10¾ Uhr sind 62 Unionisten, 49 Liberale, 10 Arbeiterparteiler und 13 Nationalisten gewählt worden. Die Unionisten gewannen 22, die Liberalen 6, die Arbeiterparteiler einen Sitz. Unter den Gewählten befindet sich der ehemalige Minister Walter Long (Unionist), der in London Strand eine Mehrheit von 3213 Stimmen erhielt. Der Ausgang der gestrigen Wahlen wird mit noch größerer Spannung erwartet, als der vom Sonnabend. In 104 Wahlkreisen wird gewählt, 31 gehören davon zu London, 73 zu den Provinzen. Die Londoner Wahlkreise waren bisher durch 12 Liberale, 2 Arbeiterkandidaten und 17 Unionisten vertreten, die Provinzen durch 43 Liberale, 19 Unionisten und 11 Arbeitervertreter. Die Wähler strömten in großer Zahl zu den Wahllokalen. Die Wahlresultate wurden je nachdem mit Jubel oder Katzenmusik begrüßt. Die Ordnung wurde nirgends gestört. — Ein sehr erbitterter Wahlkampf wütete in dem Londoner Wahlkreis Battersea, dem langjährigen festen Sitz des Ministers Burns. Trotz der eifrigsten Bemühungen der Unionisten, diese Hochburg der Liberalen zu erobern, wurde Burns mit schwacher Mehrheit wiedergewählt.

Afrika.

Kolonialgreuel an der Elfenbeinküste. Eine Erhebung der Eingeborenen macht an der Elfenbeinküste eine Strafexpedition ins Innere notwendig. Die Ursache der Erhebung soll das Willkürregiment des in Sassandra residierenden Verwalters Joulia sein, der von weißen Kaufleuten in einer an das Kolonialministerium gerichteten Beschwerdeschrift des Raubes mit bewaffneter Hand und des Verkaufs von Kriegsgefangenen bezichtigt wird. Unter den zahlreichen Anklagen gegen ihn befindet sich auch die Anschuldigung, er habe zwei eingeborene Weiber gewaltsam aus ihrem Dorfe entführt und später, um sich ihrer wieder zu entledigen, sie des Umgangs mit eingeborenen Boys beschuldigt. Darauf habe er beide von Soldaten auspeitschen und die eine Frau töten lassen. Ebenso sei ein eingeborener Boy tagelang gefoltert worden, bis er alles das sagte, was Joulia hören wollte. Der Häuptling Nermy drohte hierauf Joulia mit einem Aufstande, worauf dieser ihm die Frau für 375 Francs verkaufte. Die Beschwerdeschrift enthält noch eine ganze Reihe weiterer schwerer Anklagen gegen den Verwalter.

Wahlrechtskundgebungen.

Cassel. 2000 Teilnehmer; alles ruhig verlaufen. Die Polizei hielt das Gewerkschaftshaus und die größeren Plätze besetzt.

Graudenz. Versammlung von 400 Personen besucht. Die Stadt hatte die Hergabe eines öffentlichen Platzes verweigert.

Bromberg. 300 Personen erhoben Protest gegen die Dreiklassenschmach.

Thorn. Eine zahlreich besuchte Versammlung nahm einstimmig die Wahlrechts-Resolution an.

Schwedt a. O. 250 Männer und Frauen nahmen an der Protestversammlung teil.

Mühlhausen (Thür.) An der Versammlung beteiligten sich 1000 Personen. Im Anschluß an die Versammlung formierten sich die Teilnehmer ganz spontan zu einem Demonstrationszug, der sich durch die Hauptstraßen der Stadt bewegte. Die Polizei verhielt sich ruhig.

Bezirk Bochum:

In Werne waren 300 Personen in einem kleinen Saale zusammengepfercht, 200 mußten wieder umkehren.

In Langendreer waren über 500 Personen erschienen, in Witten über 400, in Wattenscheid 1000 Personen und in Herne 1300 Personen. Überall begeisterte Stimmung, einstimmige Annahme der Resolution, Aufnahme von Mitgliedern in die Partei und Abonnenten auf die Parteipresse.

In Groß-Stettin fanden 6, in der Provinz Pommern weitere 15 Wahlrechtsversammlungen statt. Trotz strömenden Regenwetters war der Besuch und Verlauf überall glänzend. In Stettin war eine große Zahl Soldaten konsigniert und mit scharfen Patronen ausgerüstet. Die Ausgehzeit des Militärs war beschränkt.

Hanau. Die vom sozialdemokratischen Wahlverein Hanau-Gelnhausen und Ort veranstalteten 25 Wahlrechtsversammlungen waren außerordentlich stark besucht. Die Resolutionen wurden überall einstimmig und mit Begeisterung aufgenommen. Ganz besonders stark waren die Versammlungen in Hanau, Bockenheim und Hechenheim besucht; es herrscht überall Kampfesstimmung.

In Nordschleswig fanden am 16. Januar in Flensburg, Harrisleefeld, Apenrade, Sonderburg und Hadersleben stark besuchte Wahlrechtsversammlungen statt. In Flensburg hatte sich die Polizei auf eine Demonstration vorbereitet und die Schutzleute in den Hauptstraßen verstärkt. Da aber Straßendemonstrationen nicht stattfanden, war die Sonntagsruhe der dienstfreien Beamten umsonst geopfert.

Im niederrheinischen Bezirk hat am 10. Januar eine Kreisleiterkonferenz beschlossen die Wahlrechts-Demonstrationsversammlungen am 23. Januar stattfinden zu lassen. Der Beschluß wurde gefaßt mit Rücksicht darauf, daß am vorigen Sonntag mehrere Wahlkreise unaufschiebbare Arbeiten vorbereitet hatten und nicht zu erwarten war, daß bis zum 23. Januar durch die Regierung oder den Landtag hinsichtlich der Wahlrechtsfrage mehr als die magere Ankündigung in der Thronrede geschehen werde.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Dienstag, den 18. Januar.

Achtung, Stukkateure und Hilfsarbeiter! Wegen Differenzen ist die Firma Fr. Faber, Lübeck, für Stukkateure und Hilfsarbeiter gesperrt.

Achtung, Maurer und Bauhilfsarbeiter! Über die Bauten der Firma Torkuhl in Kücknitz (Zwischenmeister Mädel und Behrens) ist die Sperre verhängt worden. Kein organisierter Maurer und Bauhilfsarbeiter darf dort Arbeit annehmen.

Die Tarifbewegung der Lübecker Holzarbeiter ist nunmehr in ein ernsteres Stadium getreten. Der jetzige Tarif hat am 12. Februar sein Ende erreicht. Er wurde zuerst vom Arbeitgeber-Schutzverband und von der Tischler-Innung in einem gleichlautendem Schreiben vom 6. November gekündigt. Bevor aber dem Holzarbeiter-Verband das Kündigungsschreiben zugestellt wurde, war auch seitens desselben die Kündigung ausgesprochen worden. Somit traten auch die Lübecker Holzarbeiter in die große Tarifbewegung der Holzarbeiter Deutschlands ein, die in rund 50 Städten 40 000 Arbeiter, den vierten Teil der Mitglieder des Holzarbeiter-Verbandes, umfaßt. Ende Oktober, vor dem Kündigungstermin, waren die Zentralvorstände in Berlin zu einer Konferenz zusammengetreten. Hier einigte man sich auf eine dreijährige Tarifdauer. Der Vorschlag des Arbeitgeber-Schutzverbandes, die gegenseitige Kündigung aller Verträge auszusprechen, wurde vom Vorstand des Holzarbeiter-Verbandes abgelehnt. Vielmehr wurde den Herrn erklärt: wenn von ihrer Seite sämtliche Verträge gekündigt würden, sie dann auch die Verantwortung für die etwa eintretenden Folgen zu übernehmen hätten. Der Holzarbeiter-Verband wolle nur Verträge mit annehmbaren Verbesserungen abschließen. Dessen ungeachtet erfolgte vom Arbeitgeber-Schutzverband die Kündigung sämtlicher Verträge, die bis zum 1. April zum Ablauf gebracht werden konnten. Der Zweck war, möglichst viele Orte in die Tarifbewegung zu ziehen. In überschwenglicher Weise beteuerte der Arbeitgeber-Schutzverband seine Friedensliebe. Gleich nach der Kündigung schon am 18. November setzten auf Veranlassung der Arbeitgeber Verhandlungen, die auf Abschluß eines neuen Vertrages zielten, ein. Als darauf die Holzarbeiter ihre Forderungen einreichten, lehnten die Arbeitgeber in vielen Orten aus nichtigen Gründen die Verhandlungen ab. Teilweise sandte man die Forderungen zurück mit dem Bemerken, dieselben zu reduzieren und dann wieder einzureichen. Dabei betragen die Forderungen im Durchschnitt nur 4 bis 5 Pfg. die Stunde, die sogar noch auf die 3 Jahre der Tarifdauer verteilt sind. Ende Dezember berief der Arbeitgeber-Schutzverband seine in Frage kommenden Städtevertreter zu einer Konferenz nach Berlin zusammen und ließ sie in Form einer einstimmig angenommenen Resolution ihre Entrüstung aussprechen über die „ungeheuerlichen Forderungen, die ohne Rücksicht auf die ungünstige wirtschaftliche Lage des Holzgewerbes gestellt sind, und welche garnicht ernst genommen zu werden verdienen." Und dann heißt es weiter, daß die Arbeiterverbände auf der ganzen Linie die örtlichen Verhandlungen in unverantwortlicher Weise hingezogen hätten. Das Schiedsgericht lehnten sie ab, weil es den Arbeitern unberechtigte Vorteile brächte. Dabei wußten die Arbeiter nicht einmal, daß ein Schiedsgericht vorgesehen sei. Sie erfuhren es erst durch den Vertrauensbruch des Arbeitgeber-Schutzverbandes, als dieser am 22. Dezember in der „Berl. Volksztg." berichtete, daß ein Schiedsgericht sich gebildet und der frühere Staatsminister v. Berlepsch das Amt als Schiedsrichter übernommen habe. Diese Meldung ging in andere Blätter über und somit war das Geheimnis preisgegeben. Aus zweckentsprechenden Gründen, die hauptsächlich im Interesse einer schnellen Einigung lagen, hatten die Zentralvorstände die Frage des Schiedsgerichts vertraulich behandelt. Die einstimmige Ablehnung des Schiedsgerichts bedeutet eine scharfe Kriegserklärung, und riß mit einem Male dem Vorstand des Schutzverbandes die Maske vom Gesicht. Mit der zu Anfang beteuerten Friedensliebe war es vorbei.

In dieser Situation nahmen am vergangenen Sonnabend die hiesigen Holzarbeiter in einer äußerst stark besuchten Versammlung zu ihren wichtigsten Forderungen Stellung, die von der Verwaltung des Holzarbeiter-Verband

des dem Arbeitgeber-Schutzverband schon Anfang Dezember zugestellt waren und lauten:

1. Verkürzung der Arbeitszeit um 1 Stunde von 55 auf 54 Stunden die Woche.

2. Lohnerhöhung von 4 Pfg. die Stunde im Laufe der Vertragszeit.

3. Errichtung eines paritätischen Arbeitsnachweises. Die Punkte 1 und 3 waren den Holzarbeitern schon früher, bei Abschluß des gegenwärtigen Vertrages durch Versprechen zugestanden. In der Versammlung trat teilweise die Meinung zutage, daß die Lohnforderung zu niedrig sei. Einstimmigkeit aber herrschte darüber, von diesen Forderungen auf keinen Fall etwas abzulassen. Auch müsse die Arbeitsnachweisfrage unter allen Umständen geregelt werden.

In richtiger Würdigung der äußerst gespannten Situation beschloß die Versammlung: ab 1. Februar den Wochenbeitrag abermals um 25 Pfg. zu erhöhen, nachdem schon im September und Oktober Extrabeiträge von 50 Pfg. und im November weitere 25 Pfg. erhoben waren.

Im November und Dezember hatten schon zwei Verhandlungen mit den Arbeitgebern stattgefunden, die aber erfolglos verliefen. Am letzten Sonntag war eine neue Verhandlung anberaumt. Hier machten die Arbeitgeber folgende Angebote: Die geforderte Arbeitszeitverkürzung tritt im Februar 1912 in Kraft, gleichzeitig wird dann der Lohn um 2 Pfg. die Stunde erhöht. Zu weiteren Zugeständnissen, so sagten die Herren, hätten sie keine Vollmacht. Demgegenüber erklärten die Arbeitnehmer, von ihren äußerst geringen Forderungen nichts ablassen zu können. Beide Parteien beharrten auf ihrem Standpunkte; eine Einigung kam nicht zustande. Die Verhandlungen wurden in ruhiger, sachlicher Weise geführt. Doch erklärten die Arbeitgeber, daß sie ohne Vertrag nicht arbeiten lassen würden. Das heißt also, kommt bis 12. Februar kein Vertrag zustande, dann erfolgt die Aussperrung. Diese Androhung überrascht die Holzarbeiter keineswegs. Hat doch die „Fachzeitung", das Organ des Arbeitgeberverbandes, die Aussperrung schon längst angedroht, und den Arbeitgebern den Rat gegeben, sich geschäftlich so einzurichten, daß ihnen im Februar die Dinge nicht überrascht kommen. Die Herren werden es sich wohl noch zweimal überlegen, bevor sie die Aussperrung vornehmen und die Holzindustrie einer schweren Erschütterung aussetzen. Die Holzarbeiter Deutschlands, insbesondere die Lübecker, sehen mit Ruhe und Zuversicht den kommenden Dingen entgegen. Sie wünschen den Kampf nicht, aber sie fürchten ihn auch nicht. Sie werden in der Defensive erst recht ihren Mann stellen.

Einen zweifachen Selbstmordversuch unternahm am Sonntag abend ein junges Mädchen, welches in Schwartau in Stellung war und seine in Lübeck wohnhaften Eltern besucht hatte. Das Mädchen nahm zunächst eine nicht sehr große Dosis Lysol und sprang sodann bei der Puppenbrücke in den Stadtgraben. Ein Schutzmann, der die Bedauernswerte bemerkte, rettete sie mit Hilfe von Passanten. Ein schnell herbeigerufener Arzt leistete die erste Hilfe, worauf das Mädchen in bedenklichem Zustande dem Krankenhause zugeführt wurde. Über das Motiv der unseligen Tat verlautet nichts.

Die Schiffsliste für billige Briefe nach den Vereinigten Staaten von Amerika (10 Pfg. für je 20 Gramm) ist für die nächste Zeit folgende: „Amerika" ab Hamburg 22. Januar, „Kaiser Wilhelm der Große" ab Bremen 25. Januar, „Main" ab Bremen 29. Januar, „Prinzeß Irene" ab Bremen 5. Februar, „George Washington" ab Bremen 8. Februar, „Kaiserin Auguste Viktoria" ab Hamburg 12. Februar, „Kaiser Wilhelm der Große" ab Bremen 22. Februar, „Prinz Friedrich Wilhelm" ab Bremen 26. Februar, „Amerika" ab Hamburg 5. März. Alle diese Schiffe, außer „Main", „Prinzeß Irene", „George Washington" und „Prinz Friedrich Wilhelm", sind Schnelldampfer oder solche, die für eine bestimmte Zeit vor dem Abgang die schnellste Beförderungsgelegenheit bieten.

Zahlt Schulgeld! Das für Schüler der städtischen Volksschulen und der Berend Schröderschen Schule für das 4. Vierteljahr 1909/10 (Neujahr—Ostern) zu zahlende Schulgeld ist in der Zeit vom Dienstag, dem 18., bis zum Montag, dem 31. Januar, werktäglich vormittags von 9—1 Uhr und nachmittags von 3—5 Uhr bei der Kasse der Oberschulbehörde, Glockengießerstraße 4, unter Vorlegung der Schulgeldrechnungen zu entrichten.

Handelsregister. Am 15. Januar 1910 ist bei der Firma Joachim Franck in Lübeck eingetragen: Dem W. L. A. Franck in Lübeck ist Prokura erteilt.

Wegen unlauteren Wettbewerbes verhandelte die Strafkammer gegen den Abteilungschef einer hiesigen Firma. Im „Volksboten" veröffentlichte der Angeklagte am 22. Mai v. Js. folgende Annonce: „Riesenposten braune und schwarze Damen-Schnürstiefel Ia. Chevreau, Caprilin-Chevreau und Boxcalf, moderne Form, mit und ohne Lackkappen, sonstiger Preis bis 10,50 Mk., durch Zufall 6,90 Mk." Das Schöffengericht stellte nach den Berichten bürgerlicher Blätter gegen den Angeklagten fest, daß die Annonce unwahre und zur Irreführung geeignete Angaben tatsächlicher Art enthalte, indem „braune Damenschnürstiefel" der Preisgruppe 1 überhaupt nicht vorhanden gewesen seien, auch seien die angebotenen Stiefel nicht aus Ia Chevreauleder gefertigt, sondern aus solchem minderer Güte. Ferner sei auch ein „Riesenposten" nicht vorhanden gewesen. Es erkannte das Schöffengericht auf 200 Mk. Geldstrafe evtl. 20 Tage Gefängnis. Gegen dieses Urteil haben die Staatsanwaltschaft und der Angeklagte Berufung erhoben. Die Strafkammer kam im wesentlichen zu denselben Feststellungen wie das Schöffengericht. Sie führt aber ferner aus, daß es sich bei der zum Verkauf gestellten Ware gar nicht um einen Zufallsankauf gehandelt habe, sondern daß die Ware auf dem gewöhnlichen, ordnungsmäßigen Wege, nämlich durch Ankauf von der Fabrik in den Besitz der vom Angeklagten vertretenen Firma gekommen sei. Die Strafkammer verwarf die Berufung des Angeklagten, hob aber auf Grund der Staatsanwaltschaft das schöffengerichtliche Urteil auf und erkannte gegen den Angeklagten auf 200 Mk. Geldstrafe sowie Veröffentlichung des Urteils nach eingetretener Rechtskraft in drei hiesigen Zeitungen.

Öffentlicher Schlachthof. Es wurden geschlachtet: Im Monat Dezember 1909: Ochsen 35, Bullen 57, Kühe und Starken 1083, fette Kälber 416, nüchterne Kälber 997, Lämmer 3, Ziegen 69, Schweine 3263, Schafe 423, Pferde 75, zusammen 6331 Tiere. Beanstandungen: 1. Untauglich der ganze Tierkörper, gänzlich vernichtet: 1 Kuh wegen Tuberkulose, 1 Pferd wegen Leukaemie, 1 Kuh wegen Leukaemie, 1 Kalb wegen Gelbsucht, 1 Kalb wegen Gelbsucht, 1 Kalb wegen im § 33 Abs. 2 der Ausführungsbestimmungen A genannter Mängel, 1 Schwein wegen Gelbsucht, 2 Schweine wegen verschiedener anderer Erkrankungen und Mängel, 1 Schaf wegen verschiedener anderer Erkrankungen und Mängel. 2. Im Dampfdesinfektor gekocht: 1 Kuh wegen Tuberkulose, 1 Jungrind wegen Tuberkulose, 2 Schweine wegen Tuberkulose, 1 Schwein wegen Rotlauf, 13/4 Rindfleisch wegen Tuberkulose, 2/4 Kalbfleisch wegen Tuberkulose, 23/4 Schweinefleisch wegen Tuberkulose. 3. Auf der Freibank verkauft: 3 Kühe wegen Tuberkulose, 1 Kuh wegen Wässerigkeit, 2 Kühe wegen verschiedener anderer Erkrankungen und Mängel, 7 Kälber wegen ungenügender Entwicklung, 2 Schweine wegen Tuberkulose. Bei den übrigen geschlachteten Tieren sind verschiedene einzelne erkrankte Organe beschlagnahmt und unschädlich beseitigt worden. 238 Kilgramm Fleisch auswärts geschlachteter Tiere wurden auf dem Schlachthofe untersucht.

b. **Über Spiritismus und seine Begleiterscheinungen** sprach Herr Reinh. Gerling (Berlin) am Montag abend im Konzerthaus Fünfhausen. In formvollendeter, fesselnder Art ging der Redner im ersten Teil seiner Ausführungen auf die Vorläufer des modernen Geisterglaubens ein, der schon bei den Völkern im biblischen Zeitalter eine Heimstätte hatte. Selbst die kulturell hochstehenden Griechen bedienten sich bei der Heilkunde der Traum-Suggestion: auch die Orakelsprüche zeugten von mystischem Zauber. Die geheimen Künste des Mittelalters wirkten mehr oder weniger befruchtend auf die heutigen Wissenschaften, und die Alchimie, Astrologie, Wahrsagekunst aus den Linien der Hand, dem Gesichtsausdruck usw. haben alle mehr oder weniger einige heute wissenschaftlich erklärbare Grundwahrheiten; der Mensch strebt aber durch jahrtausendlange Vererbung nach dem Mystischen, und unsere Erziehung tut das übrige, um bei naturwissenschaftlich Unerfahrenen hinter jeder nicht sofort erklärbaren Erscheinung etwas Geisterhaftes zu suchen. Hat schon das Mittelalter Unglaubliches in dieser Hinsicht geleistet (Nostradamus schrieb allein sechzehn Bände Prophezeiungen), so hat der aus Amerika herübergekommene moderne Spiritismus erst recht großes Unheil und Verwirrung angerichtet. Nicht weniger als 40000 Bände sind über Spiritismus zusammengeschrieben. Als Professor Dubois-Reymond das erlösende Wort aussprach: Es gibt keine Götter, stimmte die Wissenschaft freudig in den Ruf ein, aber die große Masse konnte sich naturgemäß nicht auf einmal in das Leere finden, es wollte Beweise und Befreiung von dem Zweifel, und so bekam der Spiritismus neues Leben, dem selbst sehr hohe Herrschaften mit Leib und Leben ergeben waren. Auch Fürst Eulenburg pflegte auf Liebenberg mit Gespenstern Verkehr. Der ganze Geisterspuk ist Schwindel und nur dazu ersonnen, um den Dummen das Geld aus der Tasche zu locken. Sobald ein Medium sich mit von der Wissenschaft gestellten Bedingungen produzieren soll, lehnt es selbst bei hochgestellten Summen den Beweis seines Geisterverkehrs ab. Herr Gerling erläuterte seine theoretischen Ausführungen an treffenden Beispielen, von denen nur zwei erwähnt seien: Die von einem Medium im Traumzustand den Zuschauern zu Gehör gebrachte Sphärenmusik, welche angeblich die Geister erklingen ließen, erzeugte die Mittelsperson dadurch, daß sie eine runde Hülse, mit einem Fettlappen umwickelt, in einen nicht zu nennenden Körperteil steckte, beim Sitzen wurde ein Knopf heruntergedrückt und so entstand die Geistermusik. Der berühmte Kindergeist der Anna Rote bestand in einer großen Halsschleife, die bei genauer Untersuchung sich als eine verstellbare Nürnberger 50-Pfg.-Schere entpuppte; bei dem Dunkel und Halbdunkel, in welchem die geheimnisvollen Vorgänge ausgeführt werden, ist bei einem leichtgläubigen Publikum leicht möglich, plumpe Täuschungen vorzunehmen. Die Fakirkünste, die für Geld gezeigt würden, seien ebenfalls nichts anderes als Gaukelspiel, denn die wahren indischen Büßer zeigten sich nicht des Geldes wegen. Der zweite Teil führte in Lichtbildern die hypnotische Kunst vor Augen, erklärte die Gedankenübertragung, Geisterschrift usw. Der Redner schloß mit der ernsten Mahnung, sich nicht von dem Hokuspokus einfangen zu lassen; die Menschheit sei in steter Entwicklung begriffen, und manches, das heute noch scheinbar unlösbar, erkennt morgen die Wissenschaft und erklärt es auf natürliche Weise. Reicher Beifall lohnte den Redner, der einige Male von einem faselhaftigen Spiritisten unterbrochen wurde.

Im Verein für Gesundheitspflege hielt Herr Dr. Heinß, Chefarzt der Frauenheilanstalt zu Weimar, einen gut besuchten Vortrag über Frauenleiden, deren Entstehung, Verhütung und Heilung. Herr Dr. Heinß, ein äußerst sympathischer Redner, gab zu Beginn seines Vortrages einen kurzen geschichtlichen Überblick über die Bedeutung und Entwicklung der Naturheilbewegung, die nach seiner Anschauung unbedingt eine echte, rechte, großartige hygienische Volksbewegung sei. Der beschränkte Raum einer Tageszeitung verbiet es, ausführlich auf das Thema, in dem Namen wie der des schwedischen Majors Thure-Brandt, des Erfinders der inneren Massage, ferner Nobel und Geheimrat Professor Dr. Bernhard Schultze-Jena eine große Rolle spielten, näher einzugehen. Das Thema selbst, mit dem Redner sich dann eingehend beschäftigte, wußte er, unterstützt durch Tafelzeichnungen, überaus dezent und so zu behandeln, daß die aufmerksam zuhörenden Damen sicherlich mit großem Nutzen den Vortragsabend verlassen haben. Da Krankheiten vorzubeugen das Ideal des Zukunftsarztes sein müsse, so solle man die Ärzte zu gewinnen suchen, durch Vorträge und sachgemäße Aufklärung Hand in Hand mit wirklicher Anwendung der physikalischen Heilfaktoren den Bestrebungen der Vereine entgegenzukommen, dann erst, wenn alle Ärzte so dächten, hätte das Laientum, die Pioniere der Naturheilbewegung, seinen Endzweck erreicht: die Volkshygiene in die Hände der berufenen Volkshygieniker, d. h. der Ärzte, gelegt.

Neues Stadttheater. Man schreibt uns: Morgen Mittwoch, nachmittags 2¾ Uhr, findet bei kleinen Nachmittags-Preisen ein einmaliges Gastspiel des französischen Schauspiel-Ensembles (Représentations classiques françaises) statt und zwar gelangt Molières Lustspiel „Der Geizige (L'Avare) zur Aufführung. Das Ensemble besteht durchweg aus Künstern von Rang, welche den besten französischen Theatern angehören. Abends 7½ Uhr kommt bei ermäßigten Mittwoch-Preisen das stets beliebte Lustspiel „Im weißen Röß'l" von Blumenthal und Kadelburg zur einmaligen Aufführung. Am Donnerstag geht die Lustspiel-Novität „Die Liebe wacht" von Caillavet und de Flers, hier zum ersten Male in Szene. Für Freitag befindet sich Verdis „Troubadour" in Vorbereitung.

Hamburg. Im Eisenbahnbetriebe getötet. Innerhalb 24 Stunden ereigneten sich im Vorortsbahnverkehr zwei schwere Unfälle, die den Tod zweier Männer zur Folge hatten. Am Sonntag abend wurde der 57 Jahre alte Bahnwärter Steinhoff in der Nähe des Bahnhofs Friedrichsberg von einem heranfahrenden elektrischen Vorortszug erfaßt und überfahren. Der linke Fuß wurde ihm buchstäblich abgeschnitten, außerdem erlitt er eine schwere Kopfverletzung. Er wurde ins Krankenhaus St. Georg transportiert, wo er kurz nach seiner Einlieferung infolge des starken Blutverlustes verstarb. Der zweite Unglücksfall ereignete sich in der Nacht zum Sonntag gegen 1 Uhr auf dem Bahndamm bei der Norderstraße. Dort geriet der Streckenarbeiter Hermann Willrodt unter die Räder eines Vorortszuges. W., dem beide Unterschenkel zermalmt wurden, fand im Krankenhause St. Georg Aufnahme, wo er nach zwölf Stunden seinen Leiden erlag. Einschließlich dieser beiden letzten Opfer haben im Laufe der letzten Woche nicht weniger als vier Personen im hiesigen Eisenbahnbetriebe ihr Leben eingebüßt. — Massenverhaftung an Bord eines Hapagdampfers. Am Sonnabend wurden an Bord des von Amerika eingetroffenen Dampfers „Kaiserin Auguste Viktoria" 38 Personen verhaftet. Wie wir hören, liegt der anscheinend nur zwecks Feststellung der Personalien erfolgten Massenverhaftung folgender Tatbestand zugrunde. Der Direktion der Hamburg-Amerika-Linie war bekannt geworden, daß eine Anzahl des im Zwischendeck des Dampfers „Kaiserin Auguste Viktoria" bediensteten Personals größere Unterschlagungen an Proviant begangen hatte. Ein hiesiger Kriminalbeamter machte zum Zweck der Ermittelung eine Reise nach Amerika mit, indem er als Zwischendecksteward figurierte. Er entdeckte die Schwindeleien und stellte fest, daß keine Schädigung der H.-A.-L., sondern der Zwischendeckspassagiere vorlag. Beim Eintreffen in der Nordsee gab er eine drahtlose Depesche auf und ersuchte um mehrere Schutzleute, die bei der Ankunft zur Stelle waren und 38 Personen des Küchenpersonals, darunter mehrere Stewards, festnahmen.

Hamburg. „Ungebühr vor Gericht." Vor dem Landgericht Hamburg sollte gegen den Maurer Hennig in einer Berufungssache wegen eines Streikvergehens verhandelt werden. Als der Hauptzeuge schwankend den Gerichtssaal betrat, richtete der Vorsitzende, Direktor Dr. Goverts, an ihn die Frage: „Gut gefrühstückt?" Der Zeuge antwortete: „Jawohl, Herr Gerichtshof," worauf der Staatsanwalt gegen den Zeugen wegen Ungebühr vor Gericht eine dreitägige Haft beantragte. Der Gerichtshof verurteilte den Angeklagten wegen Ungebühr zu 10 Mk. Geldstrafe, sowie zur Tragung der durch den heutigen Termin entstandenen Kosten und setzte die weitere Verhandlung aus.

Altona. Schwerer Unglücksfall. Bei dem Versuche, die durchgegangenen Pferde des Fischräuchereibesitzers Thedens anzuhalten, sind gestern vormittag die beiden Polizeibeamten Schütt und Bachmann in der Adolf-Straße verunglückt. Ersterer wurde von den Pferden umgerissen, geriet unter den Wagen, wurde überfahren und lebensgefährlich verletzt nach dem Krankenhause gebracht. Der Beamte Bachmann kam mit wenigen schweren Verletzungen davon. — — Schwurgericht. Am Sonnabend hatte sich wegen schweren Raubes der vielfach, darunter mit Zuchthaus, vorbestrafte Arbeiter Paulsen aus Dänemark zu verantworten. P. hatte am 14. November v. J. dem Orgelspieler Rust in der Nähe von Mölln, nachdem er ihn in eine Kiesgrube geworfen und so schwer mißhandelt hatte, daß er besinnungslos liegen blieb, 8 Mk. aus der Tasche geraubt. Zur Verhandlung waren 24 Zeugen geladen. Das Verdikt der Geschworenen lautete auf schuldig des versuchten Mordes und vollendeten Raubes. Das Gericht verurteilte ihn zu 10 Jahren Zuchthaus, 10 Jahren Ehrverlust und Zulässigkeit der Polizeiaufsicht.

Neumünster. Blutige Tat. Der Arbeiter Satrowski gab in vorletzter Nacht bei einer Schlägerei in der Joachimstraße zwei Revolverschüsse auf seine Verfolger ab. Eine Kugel traf den dienstfreien Schutzmann Horn in den Unterleib. Ein herbeigerufener Arzt stellte fest, daß die Verwundung nicht direkt lebensgefährlich sei. Der Täter ist verhaftet.

Standesamtliche Nachrichten

vom 9. bis 15. Januar 1910.

Geburten.

a) Knaben: Name und Beruf des Vaters.

31. Dezember 1909. Photograph P. Mahlberg. 2. Januar. Lokomotivheizer W. C. E. J. Niemann. Militär-Anwärter P. K. F. B. Krull. 6. Gärtner A. W. Weickert. Gärtner W. C. J. Schulz. 7. Eisenbahn-Wagenschieber J. Goden. Prediger J. W. Edelhoff. 8. Seemaschinist J. C. P. Beck. 9. Arbeiter H. R. H. Hamann. Buchbinder C. Orlamünder. Maler J. H. R. Mecklenburg. 10. Arbeiter H. W. E. Giencke. Direktor der kaufmännischen Fortbildungsschule K. G. K. Hassenfelder. 11. Arbeiter A. H. F. Runge. 12. Schlachter H. P. Schmalfeld. Privatier W. M. A. Teysel. Modelltischler O. J. C. Hertzberg. Flußschiffer W. H. C. Schiering. Bureaugehilfe C. H. W. Moll. 13. Maschinenschlosser E. H. W. Malchow. Bautechniker J. Wolter. Zimmerpolier F. W. H. P. Nagel. 14. Arzt Dr. med. K. Schwarzweller.

b) Mädchen: Name und Beruf des Vaters.

1. Januar. Expedient K. F. H. Bartels. 5. Schneidermeister A. Deppert. Optiker F. A. G. Loest. 6. Schmied E. Chr. A. Burmeister. Steuermann J. O. Berndtsson. Zimmermann F. C. Fick. 7. Oberheizer M. O. Husfeldt. Zimmermann C. U. F. Hoffmann. Kassierer H. M. G. Suwe. 8. Klempner P. H. C. Nehlsen. Schlosser H. M. W. Reppin. Klempner Chr. H. A. J. Groht. Musiker F. E. Berg. 19. Tischler A. W. Chr. Holst. Oberlehrer Dr. phil. G. H. J. E. Schaper. Arbeiter J. H. W. Lühr. 11. Bootsmann F. J. F. Diercks. Hilfsbremser A. Ratajczik. 12. Arbeiter O. Schabacker. 15. Former J. E. C. F. Knapp.

Angeordnete Aufgebote.

10. Januar. Maschinenschlosser A. M. Ch. Wils in Schwerin und J. F. F. Lüth. 11. Schneider F. G. M. Nürnberger und Witwe W. Ch. E. Jahncke geb. Nickel, Schauspieler S. C. Goldstein und M. Sepolt. Friseur R. W. J. Beckmann und M. H. E. Lange. 12. Lokomotivputzer R. Wendlandt und E. A. E. Stegemann. Eisenbahnzugführer F. O. Handreck und E. C. E. Kock. Arbeiter Ch. H. Molge und Kl. H. M. Rantzow geb. Schultz, beide in Altona. 13. Hoboist-Sergeant E. J. H. Waesch und A. F. A. Ohl. 14. Terrazzoleger S. B. Toi und L. M. E. Koth in Selmsdorf. Malergehilfe K. F. J. Fock und E. C. Ladwig, beide in Neumünster. 15. Gastwirt M. Ch. H. Stange in Osselberg und A. Tieße.

Eheschließungen.

11. Gutsbesitzer Ch. F. F. L. Strack in Rederank und M. M. E. Heyn. Arbeiter J. Ch. Holm und A. A. Sitan. Kanzleisekretär der Ober-Postdirektion S. E. E. Ferdinand in Hamburg und Kl. D. J. Vorkamp. 14. Seemaschinist P. O. Oldenburg in Hamburg und E. Oldenburg. Maschinist H. F. Möller in Bargteheide und B. M. W. Schütt in Lüdersdorf. 15. Klempner A. O. F. Krüger und A. L. E. Junge. Tischler E. L. H. W. Heinemann und B. H. F. Jahnke. Arbeiter E. W. Carlsson und A. L. E. M. Wolf. Arbeiter J. E. M. Dühring und B. L. Groll. 28. Eisendreher H. E. J. G. Matthiessen und M. H. W. Westphal.

Sterbefälle.

8. Januar. K. A. F. Kröger, 1 J. Arbeiter J. Chr. Sommer, 73 J. A. H. Schildt, 3 M. K. M. Schroeder, 2 M. 9. Ein Knabe, 1 Tag, B.: Seemaschinist J. C. P. Beck. A. A. F. Wulff, 2 M. 10. P. F. A. Wulff, 2 M. B. E. E. geb. Rossow, Ehefrau des Privatmannes H. W. L. Krull, 65 J. A. M. M. Schütt, 23 J. H. W. D. Gätke, 1 J. 11. E. A. E. Boje, 5 M. Arbeiter J. H. Klenz, 76 J. M. W. A. Diestelow, 10 M. Maurer J. H. Bollow, 52 J. Ein totgeb. Knabe, B.: Bureaubeamter P. H. Stolte. 12. O. L. F. Wiencke, 2 M. N. A. J. geb. Stiel, Ehefrau des Kaufmanns C. F. U. Beermann, 45 J. Werkmeister C. H. W. Rittscher, 50 J. A. Th. J. Möller, 8 J. 13. C. E. geb. Lauer, Ehefrau des Verwalters der Strafanstalt Lauerhof

K. H. Arust. 47 J. Gastwirt A. H. J. Prüssmann, 44 J. H. J. F. Müller, 7 M. Haushälterin A. S. D. Grimm, 51 J. Privatmann Th. Behrens, 68 J. J. E. F. Kierulff, 73 J. Privatmann H. H. N. Lübke, 57 J. Fahrradhändler H. A. A. Hill, 49 J. 14. Ein Knabe, 21 Tage, V.: Maurer J. Vernimb. M. Ch. H. Rogge, 1 J. A. J. G. Lütgens, 10 J. L. M. F. Hennig, 16 T. R. G. Wunderlich, 1 J. 15. Bankbeamter a. D. J. C. H. Grube. 71 J.

Schiffsnachrichten.

In Travemünde angekommene Schiffe.

Montag, 17. Januar.

D. Ludwig Kollberg, Kapt. Kolberg, von Gothenburg in 48 St.
D. Lübeck, Kapt. Lundin, von Kopenhagen in 15 St.
D. Aggerborg, Kapt. Jörgensen, von Santander in 9 T.
D. Expreß, Kapt. Davidsen, von Flensburg in 12 St.

Von Travemünde abgegangene Schiffe.

Montag, 17. Januar.

D. Hera, Kapt. Blomgren, nach Kalfsund.
D. Venetia, Kapt. Radvar, nach Raa.
Schleppkahn 374, Stallbaum, nach Neustadt.

Schiffsbewegungen.

D. Capella, Kapt. Hansson, ist Montag nacht in Abo angekommen.
D. Ostsee, Kapt. Eiggert, ist gestern nachmittag von Furisllen nach Herrenwyk abgegangen.
D. Finland, Kapt. Blomberg, ist Sonntag morgen in Abo angekommen.

Literarisches.

Von der **„Gleichheit“**, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen (Stuttgart, Verlag von Paul Singer), ist uns soeben Nr. 8 des 20. Jahrgangs zugegangen. Aus dem Inhalt dieser Nummer heben wir hervor: Notwendige Erörterung. — Der preußische Parteitag. — Vom Haushalt der Arbeiterfamilien. I. Von gh. — Die persönlichen Wirkungen der Ehe. II. Von Ernst Oberholzer. — Deutschland im Jahre 1909. I. Von H. B. — Die zunehmende Zahl der weiblichen Krankenkassenmitglieder. Von Fr. Kleeis. — Amerikanische Blusenmacherinnen im Kampfe mit ihren Ausbeutern. Von ed. — Aus der Bewegung: Von der Agitation. — Weibliche Delegierte zum preußischen Parteitag. — Politische Rundschau. Von H. B. — Gewerkschaftliche Rundschau. — Differenzen in der Holzindustrie. Von tk. — Aus der Textilarbeiterbewegung. Von hj. — Genossenschaftliche Rundschau. Von H. F. — Notizenteil: Dienstbotenfrage. — Sozialistische Frauenbewegung im Ausland. — Frauenbewegung. — Verschiedenes.

Für unsere Mütter und Hausfrauen: Morgen. Von Percy B. Shelley. — Über unsere Kraft. I. — Milch. Von Dr. A. Lipsius. — Kampf gegen die Unterernährung im Haushalt. Von M. Kt. (Schluß). — Brillanten. Von Liesbeth Eisner. — Feuilleton: Aus: Über unsere Kraft. Von Björnstjerne Björnson. (Fortsetzung.)

Für unsere Kinder: Hohes Ziel. Aus dem Italienischen von Johann Gottfried Herder. (Gedicht.) — Aus dem Reiche der Technik: VI. Im Hafen von Hamburg. Von Richard Woldt. — Theodor. Von Ferdinand Avenarius. (Gedicht.) — Die schwarze Rosie. Eine wahre Geschichte von Hebe. — Der faule Heinz. Von Gebrüder Grimm. — Der Ausblick. Von Emma Döltz. (Gedicht.)

Die „Gleichheit“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pf., durch die Post bezogen beträgt der Abonnementspreis vierteljährlich ohne Bestellgeld 55 Pf., unter Kreuzband 85 Pf. Jahresabonnement 2,60 Mk.

Verantwortlicher Redakteur: Paul Löwigt.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.

Heute mittag 12 Uhr starb plötzlich und unerwartet unser kleiner, lieber, süßer **Willy** im zarten Alter von 19 Wochen. Dies zeigen an die tiefbetrübten Eltern u. Großeltern, sowie alle Angehörigen.

K. Schrader und Frau.

Danksagung.

Für bewiesene Teilnahme und zahlreiche Kranzspenden bei der Beerdigung unseres lieben Sohnes **Carl** sagen hiermit allen, die uns ihr Beileid bezeugten, herzlichsten Dank.

Carl Zunk und Frau
nebst Kinder.

Für die zahlreichen Gratulationen und Geschenke zu unserer Hochzeit danken herzlich.

H. Matthießen und Frau,
geb. Westphal.

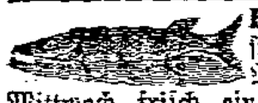
Eine Zweizimmerwohnung, Mitte der Stadt. Näheres **E. Schlomer jr.,** Breitestr. 85/87.

Gesucht eine geräumige **Zweizimmerwohnung** in der Nähe der Engelsgrube. Off. u. **A 2** an die Exped. d. Bl.

Gesucht junges Mädchen zur Erlernung der **Damenschneiderei.** Schützenstraße 39 a.

Wenig gebrauchte **Trittnähmaschine** (Opel) umständehalber für nur 30 Mk. Schwartauer Allee 99.

Kindergarderobe und Wäsche wird preiswert angefertigt Marlistraße 67, III.



E. Boy, Königstr. 61. F. 1811. Markth.-St. 46.
Mittwoch frisch eintreffend: Rotzungen, Schellfische, Seelachs, Kabliau, Dorsch, Hamburger Stint, lebende Ratzeburger Brachsen.

Nur noch einige Tage täglich frische
Sprotten, Kiste 50 Pfg.
J. Schmedje, Schlamacherstr. 27.

— **Apfelsinen,** süße Früchte —
1 Dtzd. = 75 Pfg.
1 Dtzd. = 40 Pfg.
Adler-Drogerie Schwartau
Henning von Minden Nachfl.
Inh.: **Robert Tern.**

Täglich in allen Verkaufsstellen:
Frisches
Kraft-Dauer-Brot
C. Siemers, Struckmühle.
Fernsprecher 1110.

Atelier für Zahntechnik und Zahnpflege.
H. Schreiber, Breitestr. 24.

Abreisenden aufbewahrt u. nachgesandt werden Gegenstände aller Art, als: Mobilien, Koffer rc. im Lagerhaus und Speditionsgeschäft **Fischergr. 52.**

Zentral-Krankenkasse der Maler.

Versammlung
am Mittwoch, den 19. Januar, abends 8 Uhr
im „Gewerkschaftshaus“

Tages-Ordnung:
1. Abrechnungen. 2. Wahlen.
3. Verschiedenes.

Die Verwaltung.

Friedr. Meyer & Comp.

Buchdruckerei — Buchhandlung

Johannisstraße 46 ▭ LÜBECK ▭ Fernspr.: Nr. 926

Anfertigung von
Plakaten
Broschüren
Flugblättern
Statuten
Mitgliedskarten
Eintrittskarten
Programmen
Festliedern.

Herstellung sämtlicher Buchdruckarbeiten
in ein- u. mehrfarbigem Druck
Für Massenauflagen: Rotationsdruck.
Solide Preise. — Prompte Lieferung.
▭ ▭
Verlag des Lübecker Volksboten

Anfertigung von
Briefbogen
Kouverts
Rechnungen
Quittungen
Mitteilungen
Adresskarten
Zirkularen
Visitenkarten.

Zur Aufklärung!

Das Festkomitee des Gesangvereins „Einigkeit“ gibt hiermit bekannt, daß es in der Annonce vom 15. d. M. nicht heißen sollte: unter Mitwirkung des Arbeiter-Turn-Vereins, sondern: mit humoristischen Aufführungen der Pierrots.

Achtung Schneider!

Mitglieder-Versammlung
Mittwoch, 19. Jan.
abends 8½ Uhr
im „Gewerkschaftshaus“
Johannisstraße 50—52.

Tages-Ordnung:
1. Abrechnung vom 4. Quartal.
2. Wahl der Kartelldelegierten und der Tarifkommission.
3. Stellungnahme zur Bewilligung von Geldern aus der Lokalkasse.
4. Bericht der Ortsverwaltung.
5. Verschiedenes.

Die Ortsverwaltung.

Gesangverein „Eintracht“.

General-Versammlung
Mittwoch, 19. Jan.
abends 8½ Uhr
im „Gewerkschaftshaus“

Tages-Ordnung:
1. Jahresbericht.
2. Abrechnung vom 4. Quartal.
3. Neuwahl des Vorstandes.
4. Unser diesjähriger Ausflug.
5. Innere Vereinsangelegenheiten.

Der Vorstand.

Beerdigungsinstitut Gebr. Müller
Fernsprecher 427. ▭ Mühlenstraße 13.
Uebernahme ganzer Beerdigungen.
Größtes Lager in Särgen, Grabstöcken, Metall-, Perl- u. Blattkränzen.
Einkleidungen jeder Art. ✻ Billigste Preise.

Achtung!
Zentralverband der Maurer!

General-Versammlung
am Mittwoch, dem 19. Januar,
abends 8½ Uhr
im Gewerkschaftshaus, Johannisstraße 50—52.

Tages-Ordnung:
1. Abrechnung vom 4. Quartal.
2. Geschäfts- und Kassenbericht für 1909.
3. Wahl des Zweigvereinsvorstandes.
4. Verschiedenes.

Der wichtigen Tagesordnung halber ist es Pflicht der Kollegen, zahlreich zu erscheinen.

Der Vorstand.

NB. Kollegen, welche ihre Verbandsbücher noch nicht abgegeben haben, werden ersucht, dieselben bis zum Sonntag, dem 23. Januar, im Bureau abzugeben.

Hansa-Automat.
Von heute, Dienstag, den 18. Januar 1910:
Täglich grosses Konzert
von dem Salon-Damen-Orchester „COLONIA“
aus Köln, Direktor Jos. Heimig.
Neu! Zum erstenmal in Lübeck! Neu!
Anfang 8 Uhr. — Mittwochs und Sonntags 4½ Uhr.
Eintritt frei.

Weine, Spirituosen u. Liköre
in jeder Preislage
empfiehlt
J. H. Stooß, Engelsgrube.

Hansa-Theater.
Täglich 8¼ Uhr:
Des Riesenerfolgs halber prolongiertes Gastspiel
Donnerwetter tadellos.
Gr. hum. Ausst.-Revue in 8 Bildern mit Ges. u. Ball. v. **Julius Freund.**
Musik von **Paul Lincke.**
3 große Balletts
Eine wahre Pracht an glänzender Ausstattung u. feenhaften Lichteffekten.

Neues Stadttheater.
Mittwoch, 19. Januar. **Nachm. 2¾ Uhr.** Außer Abon. **Nachmittags-Preise.**
Einmaliges Gastspiel des französischen Ensembles (Représentation classiques françaises).
Directeur: A. Rouhaud.
Der Geizige (L'Avare).
Lustspiel von Moliere.
Mittwoch, abends 7½ Uhr. Ermäß. Mittwochspreise. Einmal. Aufl.
Im weißen Rößl.
Lustsp. v. Blumenthal u. Kadelburg.
Donnerstag, 20. Jan. 7½ Uhr.
Zum 1. Male. Neu!
Die Liebe wacht.
Lustspiel von Caillavet u. de Flers.

St. Lorenz-Beerdigungsinstitut Georg Behnck
4 Wakenitzstraße 4 Fernruf 2186.
Sarg-Magazin. Wäsche. Grabstöcke. Kränze.

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 14. Dienstag, den 18. Januar 1910. 17. Jahrg.

Gärung in der sozialistischen Partei Amerikas.

Man schreibt uns aus Neuyork: In unserer amerikanischen Partei plätzen seit dem Gewerkschaftskongreß von Toronto die führenden Geister heftig aufeinander, und der Zwist ist von einer Art, daß auch die Masse der Parteigenossen, wie zahlreiche Parteiversammlungen seitdem bestätigen, in Gärung geraten mußte. Die Veranlassung dieser Diskussionen bildete ein Brief, den Genosse Simons, Redakteur des Chikagoer „Sozialist" und Mitglied des Landes-Parteivorstandes an einen Herrn William E. Walling in Neuyork richtete. Unter dem frischen Eindruck der Tagung von Toronto machte Simons Vorschläge zur Reorganisation der Partei, die tatsächlich auf eine beabsichtigte Sprengung der Partei hinauszulaufen schienen. Genosse Simons schrieb unter anderem: Ich fühle es tief in meinem Innersten, daß wir einer sehr sehr ernsten kritischen Periode der sozialistischen Bewegung dieses Landes entgegengehen und es dazu kommen könnte, daß entweder die Erfolge vieljähriger Arbeit vernichtet oder aber die revolutionären Kräfte derartig konzentriert werden, daß die soziale Revolution bedeutend näher rückt. Großen Eindruck haben die Vorgänge, die ich in Toronto beobachtete, auf mich gemacht. Ich bemerkte, daß viele Delegierte einen tiefen Haß gegen die sozialistische Partei zeigten. Das ist eine sehr schlimme Situation, wenn man bedenkt, daß diese Gegner vielfach wohl empfänglich sind für die Philosophie des Sozialismus (für die sozialistischen Theorien — der Berichterstatter), aber von unserer Organisation nichts wissen wollen. Die Hälfte der Mitglieder war früher Mitglied der sozialistischen Partei oder der sozialistischen Arbeiterpartei (der delconitischen Partei), und heute stellen sich diese Leute der Partei feindselig gegenüber. Enthält das nicht eine schlimme Anklage gegen unsere Methoden?"

Genosse Simons sucht den Fehler der Partei, wie aus seinem Brief weiter hervorgeht, darin, daß diese es nicht verstanden habe, Anschluß an die Gewerkschaftsbewegung zu gewinnen, und daß sie stellenweise gegenüber der gewerkschaftlichen Arbeit sogar die Methode der „direkten Aktion" unterstütze. „Die wirklichen Arbeiter, die den Klassenkampf zu führen haben, sind (in unserer Partei) nicht vorhanden". Leider ist Genosse Simons in diesem Briefe an den Stellen, wo er zeigt, wie wirs künftig besser machen sollen, nicht mehr ebenso vollkommen klar zu verstehen, wie in dem kritischen Teile seines Schreibens, und diese Unklarheit verschuldete es, daß die Meinung von einer parteiverräterischen Verschwörung entstehen konnte. Simons schreibt an einer Stelle: „Hauptsächlich müssen wir die Unionleute gewinnen. Keiner hat schärfer als ich die Methoden der American of Labor bekämpft; aber ich war gezwungen, anzuerkennen, daß sie die Arbeiterschaft in einem größeren Maße repräsentiert, als die sozialistische Partei, und wenn wir nicht unsere Politik ändern und allen Bedürfnissen und Forderungen der Arbeiter gerecht werden, dann haben wir unsere Mission verfehlt. — Vor allem müssen wir Parteileitung und Verwaltung vereinfachen. Dann müssen wir direkt an die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter appellieren und in der Auswahl der Redner vorsichtig sein. — Unsere Redner sollten selbst organisierte Arbeiter sein, die den Klassenkampf der Gewerkschaftler aus Erfahrung kennen und ihn sozialistisch erklären können." Fordert dieser Passus offenbar lediglich organisatorische und taktische Änderungen innerhalb der Partei, so scheint zwischen anderen Zeilen des Briefes deutlich die Neigung zu einem völligen Bruch mit der sozialistischen Partei, die Sehnsucht nach einer neuen Partei überhaupt hervorzugucken. „Dreiviertel dieser ehemaligen Parteigenossen (in der Federation of Labor)", versichert Simons, „sind bereit, eine neue Arbeiterpartei zu gründen." Den Eindruck der parteigegnerischen Absicht verstärkt Simons noch mit einem Hinweis auf die Politik der englischen Arbeiter, die er für besser hält, als die gegenwärtige sozialistische Politik in Amerika. Das einmal geweckte Mißtrauen der Parteigenossen war auch durch die nachträgliche Erklärung Simons', daß er an die Etablierung einer „unabhängigen Arbeiterpartei" nicht denke, nicht so leicht gebannt, und nach der richtigstellenden Erklärung des Genossen Simons ist die Erörterung über die Frage einer amerikanischen „Labor Party" eher noch lebhafter, als vorher. Die Neuyorker Parteipresse hat sofort gegen jenen Plan protestiert, aber dabei auch betont, daß unsere Partei sich einer etwa von anderer als sozialistischen Seite gegründeten reinen Arbeiterpartei nicht ohne weiteres feindselig gegenüberstellen würde, wobei an die Umwandlung der Federation of Labor in eine solche Arbeiterpartei gedacht ist. In diesem Punkte hat aber der Kongreß der Federation in Toronto bekanntlich alle Hoffnungen enttäuscht, sodaß eigentlich das vernünftige Streitobjekt fehlt. Für die Sozialisten ist aber, so erklärt die „Neuyorker Volkszeitung", „die bestehende sozialistische Partei gut genug." Der von seiner Europareise zurückgekehrte Genosse Viktor Berger führte denn auch in einer Neuyorker Versammlung vom 3. Januar aus, daß von der Gründung einer „Arbeiterpartei gar keine Rede sein könne," da ja auch für die Gründung einer derartigen Partei nicht die entfernteste Möglichkeit bestände. Genosse Berger, der Mitglied der „National-Exekutive" (des Landes-Parteivorstandes) ist, berührte aber noch ein anderes Kapitel, das unerfreulichste in den jetzigen Parteidiskussionen. Es betrifft folgenden Passus in dem Simonsschen Briefe, der am meisten Staub aufgewirbelt hat:

„Die Mitglieder der National-Exekutive der Partei sind sofort bereit zu resignieren, wenn wirkliche Arbeiter ihre Plätze einnehmen. Aber bloßen Maulhelden wollen sie nicht Platz machen, die jede Organisation, der sie angehören, ruinieren."

Daraus entnahm Walling, der Empfänger dieses Privatbriefes seines bisherigen Freundes und Vertrauten Simons, daß die Genossen von der National-Exekutive eine Verschwörung angezettelt hatten, wonach sie ihre Ämter in irgendeiner Weise festhalten würden, falls ihre Nachfolger ihnen nicht konvenierten. Den so interpretierten Brief ließ Walling, der selber außerhalb der Partei steht, in Parteikreisen zirkulieren, indem er sich als Parteiretter aufspielte. Berger, wie schon vorher Simons, wies diese Auslegung als böswillig zurück.

Deutscher Reichstag.

Originalbericht des „Lübecker Volksboten".

Berlin, den 17. Januar 1910.

18. Sitzung. Vormittags 11 Uhr.

Am Bundesratstisch: Dr. Delbrück.

Interpellationen.

1. Interpellationen des Zentrums und der Nationalliberalen betreffend die Pensionsversicherung der Privatbeamten.

Auf Anfrage des Vizepräsidenten Dr. Spahn erklärt sich Staatssekretär Dr. Delbrück bereit, die Interpellationen zu beantworten.

Sittare (Z.): Die Privatbeamten sind sehr beunruhigt darüber, daß die Regierung bei der Reichsversicherungsordnung nichts über ihre Versicherung sagte. Wir wollen nicht drängen, aber wir wollen Klarheit, und bitten den Herrn Staatssekretär um deutliche Antwort. (Bravo! im Zentrum.)

Dr. Stresemann (NL.): Der jetzige Reichskanzler stellte im Februar 1909 ein Gesetz über die Pensionsversicherung der Privatbeamten in Aussicht, sobald die Verhandlungen mit den Beteiligten beendet seien. Obwohl das inzwischen geschehen, ist die Vorlage nicht gekommen. Hingegen scheint eine offiziöse Preßmitteilung anzudeuten, daß der Standpunkt der Regierung eine Veränderung erfahren. Man beruft sich darauf, daß die Privatbeamten die Versicherung selbst nicht wollten. Das ist aber ganz falsch. Wir wünschen, daß uns in dieser Session eine Vorlage zugeht, damit die Privatbeamten sich nicht von den Sirenentönen der Sozialdemokratie verlocken lassen. (Bravo! b. d. Natl.)

Staatsminister Dr. Delbrück: Die technischen Schwierigkeiten der Verarbeitung des Materials sind so groß, daß ich noch nicht in der Lage war, eine Vorlage einzubringen. Daher habe ich erwogen, die Frage im Rahmen der Reichsversicherungsordnung in minder vollendeter Form zu lösen. Das würde aber niemanden befriedigen. Aus diesen Gründen mußte ich die Vorlage noch zurückstellen, was ich umsomehr bedaure, als auch ich die sittliche und wirtschaftliche Notwendigkeit anerkenne.

Auf Antrag Hertling (Z.) und Bassermann (NL.) tritt das Haus in die Besprechung der Interpellation ein.

Dr. Dröscher (K.) und Hormann (FVp.) wünschen möglichst beschleunigte Einbringung einer guten brauchbaren Vorlage.

Heine (SD.): Ich habe aus der Rede des Herrn Staatssekretärs eigentlich garnichts erfahren. Es schweben Verhandlungen, aber man weiß nicht wo, man weiß nicht in welcher Richtung, es scheint die ganze Sache verschwebt in nichts! (Sehr gut! b. d. Soz.) Wir stehen nach wie vor auf dem Standpunkt, daß es garnicht anders möglich ist, als die Privatbeamtenversicherung anzugliedern an die Alters- und Invalidenversicherung. Der Widerspruch aus Privatbeamtenkreisen gegen diese Angliederung beruht nicht etwa auf finanziellen Erwägungen, sondern darauf, daß unsere Privatangestellten leider der Ansicht sind, sie vergeben sich etwas, wenn sie in ein Lokal gehen, wo Arbeiter verkehren (Sehr richtig! b. d. Soz.) und genau so fürchten sie, es falle ihnen eine Perle aus der Krone, wenn sie mit den Arbeitern in eine Versicherung gehen. Auf solche Torheiten sollte man keine Rücksicht nehmen! (Sehr richtig! bei den Soz.) Die Frage der Abgrenzung zwischen Arbeitern und Beamten ist in der Denkschrift zu leicht genommen. Man kann es ja garnicht genau definieren, wer ein Arbeiter, und wer ein Beamter ist. Die Denkschrift hat ferner Beiträge in Aussicht genommen, die die Angestellten garnicht bezahlen können. Die meisten bekommen ja nicht mehr Gehalt als gut gelohnte Arbeiter. Die soziale Schicht der Privatbeamten ist eine sehr wichtige. Mögen die Angestellten sich immerhin Herren nennen und sich Titel geben, mögen sogar einige den Doktortitel haben, sie sind doch nur ein Teil der arbeitenden Klasse. Immer mehr werden sie in ihren Kindern zu der Erkenntnis gezwungen, daß auch sie ausgesprochene Proletarier sind. (Sehr richtig! b. d. Soz.) In den Privatangestellten wird also die arbeitende Klasse selbst gesichert, und deshalb begreife ich das Interesse gewisser Kreise daran, daß diese Vorlage nicht vorwärts kommt. Herrn Stresemann will ich nur an den Namen Bueck erinnern. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Wenn Sie die Sache fördern wollen, so soll uns das freuen. Freilich, wenn die Regierung uns nicht mehr zu sagen hat, so sind meine Hoffnungen gleich Null. (Bravo! b. d. Soz.)

Am Webstuhl der Zeit.

Sozialpolitischer Roman in drei Büchern
von A. Otto Walster.

147. Fortsetzung.

Iwan streckt dem Freunde die Hand entgegen und ruft:

„Was macht Findeisen?"

„Schlimm, sehr schlimm, ich bezweifle, daß er wieder aufkommt, der Kolbenstoß jenes nichtswürdigen Rollfuß hat ihm die schwache Brust zu schwer verletzt, er wird der erste unserer Genossen sein, dem wir das letzte Geleite geben."

„O, mein Gott, ich vermochte ihn nicht zu retten; man wird denken, ich habe ihn nicht retten wollen."

„Was sprechen Sie für absonderliches Zeug; jeder, der Zeuge Ihrer ungeheuren Anstrengungen, sowie Ihrer todesmutigen Kühnheit war, kann Sie nur ehren und bewundern."

„Streit hat dabei aber mehr Wunden davongetragen, als ich."

„Beneiden Sie ihm die? Seltsamer Neid. Jedenfalls waren Sie früher an seiner Seite und haben ihn mit Ihrem Leibe gedeckt."

„Es geht besser mit Streit?"

„Es hat mit ihm keine Gefahr, obwohl er noch am Wundfieber leidet. Er und unser Freund Lange befinden sich in demselben Zimmer und ziemlich in demselben Zustande."

„Und unser armer Philosoph?"

„Es mag ihm übel genug zumute sein, denn wie mir ein Augenzeuge versichert, hat sich der tolle Mensch, nachdem er bereits einen Schuß in den Rücken erhalten, ins Handgemenge gestürzt, wobei ihm die Grenadiere gehörig zugesetzt; und zum Überfluß hat ihn auch noch ein Strahl der großen Dampfspritze getroffen."

„Haben Sie ihn den nicht besucht?" fragte Olga verwundert."

„Ich war erst in der halben Stadt herum, um zu erfahren, wohin er eigentlich gekommen, endlich dachte ich an seine Wohnung, und erfuhr, daß er in der Tat sich dahin habe tragen lassen. Aber an einen Besuch war nicht zu denken, er hat seine zwanzig Mann Leibwache mitgenommen und aufs strengste befohlen, niemanden, es möge kommen wer da wolle, bei ihm einzulassen. Obgleich ich mich nun auf das Recht alter Freundschaft und neuer intimer Kampfgenossenschaft berief, fand ich doch in dem Hauskommandanten Erich Schlegel einen unerbittlichen Hausdrachen, vor dem ich das Feld räumen mußte."

„Schöne Geschichten macht dieser Mensch," rief das Mädchen, „man wird gar nicht fertig, sich über ihn zu ärgern. Aber diesmal soll ihm sein Eigensinn nicht durchgehen, er ist imstande und stirbt verlassen wie eine Katze im Winkel, und dann heißt es, wir hätten ihn ohne Pflege gelassen. Erlaubst Da, Mama, daß ich einmal nach dem Rechten sehe?"

„Ich weiß doch nicht . . . ." meinte Frau von Sokolow zögernd.

„Lassen Sie Olga gehen, beste Mutter," bat Iwan, wir müssen uns um unsere Freunde trotz ihres Weigerns kümmern, zumal wenn sie so zugerichtet sind, wie unser armer Philosoph."

„Wollen Sie meine Tochter begleiten?" fragte Frau von Sokolow, sich an Frank wendend.

„Mit dem größten Vergnügen," erklärte dieser, und bald eilten beide der abgelegenen Wohnung des Verwundeten zu.

Erich Schlegel trat ihnen auch diesmal entgegen, er trug noch immer die rote Schleife und den Degen, die ihn während des Kampfes als Hauptmann ausgezeichnet hatten.

„Diese Dame verlangt den Kranken zu sehen," erklärte Frank auf die verwunderte Frage des strengen Wächters.

„Gnädigstes Fräulein, es tut mir unendlich leid, daß ich ihrem Wunsche entgegen sein muß, aber ich habe die allerstrengsten Befehle."

„Ihre Befehle gehen mich gar nichts an, Herr Schlegel, wir sind viel ältere Freunde des Kranken und haben das Recht und die Pflicht, uns um ihn zu bekümmern."

„Aber wenn er doch befohlen hat?"

„Ei was, er hat befohlen, nachdem er vier- und fünffach verwundet war, und so ein Verwundeter ist gar nicht recht zurechnungsfähig, der hat zu folgen und nicht zu befehlen. Ich werde mich also nicht darum kümmern, verstehen Sie, und nehme im übrigen alle Verantwortung auf mich. Das, denk' ich, wird genügen, und nun führen Sie uns hinein."

„Ich will es auf Ihre Verantwortung wagen, gnädiges Fräulein; Herr Frank, Sie werden mir's hoffentlich bezeugen, daß ich nicht anders konnte."

„Ohne Sorge," erwiderte dieser, und nunmehr führte Erich den Besuch nach dem oberen Stockwerke in ein Zimmer, welches durch grünseidene Vorhänge in ein angenehmes Halbdunkel gebracht war, in dem nur eine Anzahl verteilter Gips- und Alabasterfiguren schimmerte. Auf einer Art Feldbett, von stählernen Bändern und Federn gearbeitet, über welche man eine Decke gebreitet, lag der Bewohner des Hauses schlummernd, in ein rotwollenes Hemd mit weiten türkischen Beinkleidern gekleidet und nur zur Hälfte mit einer leichten Decke bedeckt, deren anderer Teil auf den getäfelten Boden herab hing. Das Gesicht des Kranken war marmorbleich, so auch die Hände, welche lose auf der Decke ruhten. Neben dem Bette stand ein Tischchen mit einigen Medikamenten, Leinenzeug und einem Pokale; an seiner Rechten herab hing eine Klingelschnur, bequem zur Hand; im übrigen war keine Spur von einem pflegenden Wesen zu erkennen.

Frank rollte für das Mädchen einen bequemen Lehnsessel herbei, auf dem es, mit dem Gesicht nach dem Kranken gewendet, Platz nahm, während er selbst ans Fenster trat. Lautlose Stille herrschte, in der man nur den Pendelschlag einer Wanduhr im benachbarten Zimmer vernahm.

„Er hat einen sehr gesunden Schlaf," meinte das Mädchen endlich flüsternd, „der muß ihn über kurz oder lang wieder vollständig kräftigen, er scheint auch so weit mit allem Nötigen versehen zu sein, und wenn wir mit dem Arzt gesprochen haben, können wir ihn, wie ich glaube, getrost wieder verlassen."

Aber so leise die Worte auch gesprochen, mochten sie doch die Gehörnerven des Kranken berührt haben, denn er schlug die Augen auf und starrte seinen Besuch mit einem ruhigen, fragenden Blick an. Endlich öffneten sich seine bleichen Lippen und flüsterten schwach die Worte:

„Sie kommen zu zeitig, gnädiges Fräulein, ich kann Sie noch nicht weiter begleiten . . . die Reise . . . die Ermüdung . . . ach, nur noch eine einzige Viertelstunde."

Damit hatte er schon wieder die Augen geschlossen. Olga blickte verwundert zu Frank herüber und fragte:

„Was ist das? träumte er oder wachte er?"

„Es wird wohl beides gewesen sein; wahrscheinlich hat er von Ihnen geträumt und Sie dann wirklich gesehen."

„Wir wollen noch ein Weilchen warten, oder wollen Sie nach dem Arzte sehen?"

„Ich werde nach dem Arzte sehen," erwiderte dieser und kehrte auch bald mit demselben zurück.

„Wie geht es mit dem Verwundeten?" fragte Olga.

„Überraschend gut, bei dem muß jedes Glied ein Körper für sich sein, sonst wär es gar nicht möglich, daß bei so viel Wunden der Mensch verhältnismäßig gesund sein kann. Er trinkt einen Trank, den er sich selbst hat brauen lassen und läßt sich von mir nur verbinden."

Linz (Rp.) verlangt beschleunigte Inangriffnahme der Materie. Die Widerstände seien zurückzuführen auf die Uneinigkeit bezüglich der Beitragsquote der Unternehmer. Die soziale Gerechtigkeit erfordere aber dieses neue Opfer. (Beifall rechts.)

Brejski (Pole) wünscht ebenfalls Beschleunigung, wendet sich aber gegen die sozialdemokratische Forderung, die Privatbeamtenversicherung im Rahmen der Reichsversicherung zu regeln. Prinzipiell sei das wünschenswert, aber die Beamten wollen es nicht.

Dr. Burckhardt (Wirtsch. Vgg.) wünscht ebenfalls Beschleunigung und wiederholt die Bedenken des Vorredners. Von einem Hochmut der Angestellten gegen die Arbeiterschaft könne keine Rede sein. (Beifall rechts.)

Racken (Z.): Die Antwort des Staatssekretärs war unbefriedigend. (Sehr richtig!) Das Zögern bei der Regierung ist geradezu unverständlich. Herrn Heine bemerke ich, daß die Privatbeamten nicht aus Hoch- oder Übermut, sondern im wohlerwogenen eigenen Interesse eine besondere Versicherung verlangen. Die Antwort des Staatssekretärs wird bei den Beamten eine gewaltige Entrüstung hervorrufen. (Bravo! im Zentrum.)

Hiermit schließt die Besprechung.

2. Interpellation Albrecht u. Gen. (Soz.), betreffend die Unterstützung der Tabakarbeiter: „Ist dem Reichskanzler bekannt, daß die Ausführung der Vorschriften über die Unterstützungen an arbeitslose Tabakarbeiter Härten und Mißstände für die Unterstützungsberechtigten ergeben hat? Ist der Reichskanzler bereit, hiergegen Maßregeln zu treffen und einen Gesetzentwurf einzubringen, durch den die im Tabaksteuergesetz ausgeworfene Unterstützungssumme von 4 Millionen erhöht wird?“

Staatssekretär Wermuth erklärt sich zur sofortigen Beantwortung der Interpellation bereit.

Geyer (SD.): Die Folgen des Tabaksteuergesetzes, die wir vorausgesagt haben, sind eingetroffen. Ja, unsere Voraussagungen sind übertroffen worden. Zehntausende von Tabakarbeitern sind brotlos, und eine Anzahl kleiner Unternehmer sind um ihre Existenz gebracht. (Sehr wahr! bei den Soz.) Fortgesetzt erhalten wir Briefe kleiner Tabakhändler, die ihren Ruin beklagen. Da schreibt mir einer von diesen ruinierten kleinen Unternehmern, ein Mann von 61 Jahren; in seiner Verzweiflung fragt er an bei mir, wohin er sich wenden soll, damit er und seine Frau nicht der Armendirektion zur Last fallen. (Bewegung.) Ich habe ihm leider nur antworten können: Der Staat tut nichts für Sie, denn unser Antrag, auch die kleinen Händler zu entschädigen, ist abgelehnt worden. (Lebh. Hört, hört! bei den Soz.) So treibt man Mittelstandspolitik, so liefert man die Tabakindustrie dem Großkapital aus. (Lebh. Zustimmung links.) Was nun die Arbeiter betrifft, so fehlt es an einer amtlichen Statistik. (Hört, hört!) Die Erhebungen der Gewerkschaft aber ergeben 40 000 brotlose Tabakarbeiter! Für alte und schwächliche Arbeiter wird die Arbeitslosigkeit eine dauernde sein. Und auch viele, die wieder eingestellt werden, werden bald darauf wieder ihre Entlassung haben. Es steht fest, daß immer neue Entlassungen eintreten. (Lebhafte Zustimmung b. d. Soz.) Nun hatte das Gesetz den Zweck, die arbeitslos gewordenen Arbeiter nach Möglichkeit zu unterstützen. Die Ausführungsbestimmungen jedoch, welche die Regierung zum Artikel 2a erließ, sind ein trauriger Beweis für die Unfähigkeit der Beamten im Reichsschatzamt. Man hätte hier Arbeiter und Unternehmer hinzuziehen müssen. (Sehr richtig! b. d. Sozialdemokraten.) Und abgesehen davon, daß diese Bestimmungen ganz ungeeignet waren, wurden sie auch noch von den Zollbehörden in unerhört roher Weise gehandhabt! (Hört, hört! bei den Soz.) Es wurden alle möglichen und unmöglichen Gründe hervorgesucht, um die Unterstützung zu verweigern. (Lebh. Entrüstungsrufe bei den Soz.) Ausgeschlossen wurden Zigarrenarbeiter, die ihrer Militärpflicht genügt und nach der Entlassung vom Militär keine Anstellung finden konnten. Ein schöner Lohn für diejenigen, die ihrer sogenannten Pflicht für das Vaterland Genüge getan hatten! Ausgeschlossen wurden Ausländer, auch wenn sie jahrelang in Deutschland gearbeitet und eine Familie gegründet hatten. Das geschah nicht nur in den Grenzgebieten, auch in Hamburg. Ausgeschlossen hat man Lehrlinge, die im Laufe des Jahres ausgelernt hatten. Ferner Kistenbekleber und -bekleberinnen, denen man entgegnete, sie seien nicht im Tabakgewerbe beschäftigt! Sogar Sortierer und Sortiererinnen, die die Farbenauswahl der Zigarren zu treffen haben, hat man ausgeschlossen. Und schließlich auch Zigarettenarbeiter und -arbeiterinnen. Ja sogar Zigarrenarbeiter, die infolge Arbeitswechsels nicht volle 52 Wochen beschäftigt waren, und solche, bei denen eine Unterbrechung durch Krankheit eingetreten war, ebenso Wöchnerinnen, hat man ausgeschlossen. Zu dieser Willkür gesellte sich die weitere, daß man Arbeiter ausschloß, wenn sie sich weigerten, Erdarbeiten anzunehmen, die sie gar nicht ausführen konnten. Ein 73jähriger Mann wurde in die Fremde gestoßen und gleichzeitig wurde ihm zugemutet, Streikbrecher zu werden! (Lebhaftes Hört, hört! bei den Soz.) Sie wissen alle, daß ein 73jähriger Tabakarbeiter auswärts keine Beschäftigung mehr finden kann. (Lebh. Sehr richtig! bei den Soz.) Und in welcher Weise werden ferner die Unterstützungen berechnet? Nach dem Gesetze soll die Unterstützung ¾ des entgangenen Lohnes betragen. Die Zollbehörde nimmt nun den Lohn, der in den letzten Jahren verdient wurde, gleichgültig, ob der Betreffende das ganze Jahr Arbeit hatte, diese Summe dividiert sie durch 52 und das Resultat stellt sie als den Wochenlohn hin. Es bedurfte unserer ernstesten Vorstellungen in der Presse und einer Audienz beim Reichsschatzsekretär, um eine Aenderung herbeizuführen. Anstatt die Tabakarbeiter zu unterstützen, hat man sie von Pontius zu Pilatus geschickt, sie auch noch gezwungen, ihre Zeit zu verzetteln. Diese Rücksichtslosigkeit ist geradezu eine Gesetzwidrigkeit. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Durch die Presse geht jetzt eine Notiz, daß die in Hessen Unterstützten ihr Wahlrecht verlieren! (Hört, hört! b. d. Soz.) Wir wünschen, daß der Reichsschatzsekretär auf den § 13 der neuen Ausführungsbestimmungen hinweist, wonach die Rechte der Arbeiter auf Grund der Unterstützung nicht geschmälert werden dürfen. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Eine solche Gesetzwidrigkeit kann nicht länger geduldet werden. Das ganze Tabaksteuergesetz ist ein großes Unglück für die Industrie und noch niemals sind Arbeiter durch ein Gesetz derartig geschädigt worden. Wenn der Staat sich erlaubt, 40 000 Arbeiter durch ein Gesetz brotlos zu machen, so muß er sie auch davor bewahren, daß sie in Not und Elend vorkommen. (Lebh. Beifall b. d. Soz.)

Schatzsekretär Wermuth: Bei der Neuheit der Materie stoße man naturgemäß auf Unebenheiten. Die verbündeten Regierungen seien aber bestrebt, die Unterstützungen in möglichst warm- und weitherziger Weise zu handhaben, sowie auch allen berechtigten Wünschen entgegenzukommen. Da mir Herr Geyer sein Material leider nicht privatim mitgeteilt hat, bin ich außerstande es sofort zu prüfen. Bis Ende Dezember wurden 1 605 000 Mk. ausgegeben. Die Zahl der Unterstützungsgesuche bis Ende 1909 betrug ca. 54 000. 46 000 wurden anerkannt. In der Presse wurde viel übertrieben. Redner bestreitet in längerer Darlegung, daß die Tabakindustrie durch das Gesetz erheblichen Schaden erlitten habe. An der bedauerlich übertreibenden Agitation gegen die neuen Steuern (Lebh. Zust. rechts u. im Zentr.) hat sich der solide Zigarrenhandel nicht beteiligt. Weder rechtlich noch materiell können die Zigarettenarbeiter beanspruchen, der Unterstützung teilhaftig zu werden. (Widerspruch b. d. Soz.) Die Weitherzigkeit der Ausführungsbestimmungen verlockt zu unberechtigten Ansprüchen. Das ist umso bedauerlicher, als weite Kreise unseres Erwerbslebens unter einem chronischen Arbeitermangel leiden. Da empfiehlt es sich doch nicht, die Erhaltung Arbeitsloser eines einzigen Zweiges aus Staatsmitteln so weit auszudehnen. (Lebh. Beifall rechts.)

Giesberts (Z.): Es kann nicht geleugnet werden, daß manche Behörden die Unterstützungsfrage engherzig behandelten. Der Ausschluß der Zigarettenarbeiter von der Wohltat der Unterstützung widerspricht unserer, der Antragsteller, Absichten. (Hört, hört!) Die Behörden sollen den arbeitslos gewordenen Tabakarbeitern und anderen Arbeitern der durch die neuen Steuern getroffenen Erwerbszweige nach Möglichkeit neue Arbeitsgelegenheit schaffen. (Lebhaftes Bravo! im Zentrum.)

Sielermann (kons.): Anfangs mögen Härten vorgekommen sein, aber die Klagen des Abg. Geyer sind übertrieben. Die Mängel sind beseitigt. Hoffentlich werden alle entlassenen Arbeiter nach und nach wieder eingestellt. (Bravo! rechts.)

Dr. Contze (natl.): Die Krisis ist nicht überwunden, wie Herr Giesberts glaubt. Wenn die 4 Millionen nicht ausreichen, so sind wir bereit, den Fonds zu erhöhen. Es ist nicht zu billigen, daß die Zigarettenarbeiter ausgeschlossen wurden.

Hormann (FVp.): Herr Giesberts will sich jetzt die Hände waschen, damit kommt er zu spät. Das nützt den Arbeitern garnichts mehr. Es wäre besser für sie gewesen, man hätte sie nicht erst durch die Gesetzgebung brotlos gemacht. Aber jetzt ist das Zentrum noch besonders stolz auf seine Gesetzgebung. Sollte es notwendig sein, den Fonds zu erhöhen, so sind wir natürlich bereit.

von Oertzen (Rp.): Wir sind bereit, weitere Mittel zu bewilligen.

Brejski (Pole) verlangt Berücksichtigung der Zigarettenarbeiter.

Burckhardt (WVg.): Wir wünschen, daß die Unterstützung rasch und reichlich gegeben wird.

Molkenbuhr (SD.): Der Herr Staatssekretär hat der Ansicht Ausdruck gegeben, daß den Zigarettenarbeitern auf Grund des Artikels 2 kein Anspruch auf Unterstützung zusteht. Wäre das beabsichtigt gewesen, so hätte man es sicherlich in das Gesetz hineingeschrieben. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Man hat aber im Gegenteil erklärt, daß die durch das Gesetz arbeitslos Werdenden entschädigt werden sollen und die Erhöhung der Zigarettensteuer ist bekanntlich auch in dem Gesetze enthalten. (Zustimmung b. d. Soz.) Gerade die Zigarettenarbeiter werden in hohem Maße getroffen. Auch steht ausdrücklich im Gesetze, daß die Entschädigung eintritt, wenn ein Berufswechsel infolge der Arbeitslosigkeit eintreten muß. Dieser Fall liegt vor, wenn ein vom Militär entlassener in der Zigarenindustrie keine Arbeit findet. Die vier Millionen werden natürlich nicht ausreichen! Es wird sich wohl die Erhöhung des Fonds als notwendig erweisen. Ebenso wie die nachteiligen Wirkungen des Gesetzes vom Jahre 1879 ein ganzes Jahrzehnt hindurch fortgedauert haben, so wird es auch jetzt lange Zeit dauern, bis die schweren Schäden wettgemacht sind, die das neue Steuergesetz verursacht. (Lebhafter Beifall b. d. Soz.)

Damit schließt die Besprechung.

Das Haus vertagt sich auf Dienstag 1 Uhr. (Interpellation Albrecht und Genossen (SD.) über den Mansfelder Streik. Interpellation Ablaß (FVp.) über die Ausführung des Vereinsgesetzes, 2. Lesung des Justizetats.

Schluß 6¼ Uhr.

Gewerkschaftsbewegung.

Zur Tarifbewegung im Malergewerbe. In Darmstadt, Hanau, Höchst a. M., Hamburg, Offenbach und Wiesbaden haben die Mitglieder des Verbandes der Maler gleichfalls Stellung genommen. Überall wurde die ablehnende Haltung der Arbeitgeber verurteilt und bedauert, daß eine weitere Arbeitszeitverkürzung durch den Schiedsspruch nicht ausgesprochen wurde. Besonders in Wiesbaden wurde die Nichtverkürzung der Arbeitszeit scharf kritisiert, weil noch die zehnstündige Arbeitszeit besteht, im Gegensatz zu dem nahen Mainz, das bereits seit Jahren den 9½-Stundentag hat. In allen Versammlungen wurde jedoch den Schiedssprüchen mit Stimmenmehrheit zugestimmt. Während so die Arbeiter durch Annahme der Schiedssprüche zum Frieden blasen, rüsten die Unternehmer zum Kampf, denn in Frankfurt a. M., Darmstadt und Offenbach lehnten diese die Schiedssprüche ab. Auch in Mannheim, Ludwigshafen, Karlsruhe, Stuttgart und einer Reihe kleinerer Orte wurde gegen wenige Stimmen den Schiedssprüchen ebenfalls zugestimmt.

Der Reichstarif im Malergewerbe angenommen. Die am 8. Januar 1910 zu Berlin von dem Kollegium der Unparteiischen, Herren Magistratsrat von Schulz, Gerichtsrat Dr. Prenner und Beigeordneter Rath gefällten Schiedssprüche über Arbeitszeit, Lohnfrage und Lohnausgleich wurden den Mitgliedern des Hauptverbandes deutscher Arbeitgeberverbände im Malergewerbe, sowie den Mitgliedern der drei in Frage stehenden Arbeiterorganisationen zur Abstimmung unterbreitet und ist die allseitige Zustimmung nunmehr am 16. d. M. bei dem Kollegium der Unparteiischen niedergelegt worden. Damit dürfte der Friede im Malergewerbe für die kommenden drei Jahre gesichert sein. Die Abstimmung im Verbande der Maler ergab folgendes Resultat: Von den 16 720 Mitgliedern, welche an den Versammlungen teilgenommen hatten, haben 8832 für und 6192 gegen die Schiedssprüche gestimmt. Eine Reihe größerer Städte wie Berlin, Hamburg, Bremen, Kiel, Köln, Danzig, Breslau, Elberfeld-Barmen haben infolge der durch die zentrale Regelung herbeigeführten geringen Lohnaufbesserungen und zum Teil Verschlechterung des Vertragsmusters geschlossen gegen den Reichstarifvertrag und die Schiedssprüche gestimmt, während in über 200 größeren und kleineren Orten, im besonderen in Süddeutschland die Aufbesserung des Lohnes als eine wesentliche betrachtet wird und daher mit großen Mehrheiten dem Abschluß des Tarifvertrages zugestimmt wurde.

Inzwischen hatte der Kranke die Augen wieder geöffnet, er langte nach dem Pokale, den ihm Olga hilfreich an den Mund brachte. Nachdem er getrunken, röteten sich seine Wangen etwas und er meinte:

„Sind Sie denn in Wirklichkeit da, Fräulein Olga?“

„Ich denke, ja,“ erwiderte diese lachend.

„Ich dachte, ich hätte nur geträumt.“

„Wie geht es denn mit Ihnen.“

„O, ganz leidlich, der Schmerz ist nicht arg; Zahnschmerzen sind schlimmer.“

„Und Ihr Kopf?“

„Nun, der hat ein Weilchen gebrummt, daß es eine Art hatte, aber jetzt hat er glücklicherweise ausgebrummt. Ich hatte einen dicken Schädel, Gott sei dank, ein anderer hätt's nicht ausgehalten. Aber ein Kopf, der Hegels und Herbarts Philosophie zugleich aushalten konnte, muß schon von besonderer Sorte sein. Doch ich habe mich noch nicht einmal für die Ehre Ihres Besuches bedankt.“

„Das lassen Sie auch, wenn ich bitten darf, unterwegs, denn ich weiß ja viel zu gut, wie entschieden Sie die Ehre von sich abzuhalten versucht haben.“

„Wie so denn das, Fräulein?“

„Haben Sie etwa nicht dem Erich Schlegel strengen Befehl gegeben, niemanden zu Ihnen hereinzulassen, so daß man die furchtbarsten Drohungen ausstoßen mußte, um ihn zur Räson zu bringen?“

„Nun, da bin ich weniger schuld als die Auffassung meines Wächters. Als ich mich nämlich aus dem Kampfe, in dem ich nichts mehr nütze war, nach Hause tragen ließ, gedachte ich einen langen Schlaf zu tun und gab Befehl, daß man mich nicht stören lassen sollte. Und dieser Mensch ist darauf hin im Stande, mir bis ans Ende meiner Tage jeden Besuch zu verscheuchen, und noch dazu solchen liebenswürdigen. Aber sagen Sie mir, haben wir denn noch Revolution, oder ist sie schon zu Ende?“

„Schon? Nun, ich dächte, es wäre wohl Zeit, daß sie zu Ende sein könnte.“

„Haben wir denn gesiegt oder gibt es noch einen König mit sechs Ministern, die ich gehängt sehen möchte?“

„Wir haben gesiegt, aber einen König mit einer großen Zahl Minister haben wir immer noch, nur daß die Minister außer Dienst sind und nicht gehängt werden sollen.“

„Nun, das will ich mir bei besserer Gelegenheit erzählen lassen. Sagen Sie, liebes Fräulein, wollen wir eine Partie Schach oder Tokkadille spielen?“

„Keins von beiden“, rief Olga lachend“, denn ich werde mich sogleich empfehlen.“

„So, nun dann werde ich mich auch zum Ausgehen bereit machen“, erwiderte der Philosoph und zog die Klingel, worauf er, zu dem hereintretenden Diener sich wendend, befahl:

„Ich will in einer Viertelstunde Besuch machen, man bereite alles vor.“

„Frank und der Arzt eilten jetzt auf ihn zu und fragten, ob es wohl sein Ernst sei, was er mit einem verwunderten Blick über ihre Zweifel bejahte, sodann seinem Freunde, den er erst jetzt bemerkte, die Hand zum Gruße reichte.

„Aber wo um alles in der Welt wollen Sie denn hingehen, Herr Mensch“, frug der letztere.

„Ei, ich will Herrn Findeisen besuchen. Es war zwar nicht recht von ihm, daß er mir statt eines frischen Trunkes einen solchen Trank auf den Leib schickte, aber er hat im übrigen alles getan, um mir das Dasein zu verlängern, welches damals sehr kurz werden zu wollen schien. Und nun liegt der Arme gewiß härter darnieder als ich?“

„Ja, leider, und so, daß er Ihren Besuch nicht annehmen kann.“

„Nun, dann will ich Streit und Lange besuchen.“

Beide befinden sich im Wundfieber.“

„Dummes Zeug, wer wird sich mit Wundfieber abgeben, ich werde ihnen gleich einen Trunk zuschicken, der ihnen das vertreiben soll. Aber wie steht es mit Iwan, der wird doch wohl zu sprechen sein?“

„Mein Bruder ist so weit hergestellt, um Besuch empfangen zu können. Aber wie wollten Sie zu ihm gelangen?“

„Nichts leichter wie das, ich laß mich in meinem Bett, das auch zum Lehnstuhl sich umklappen läßt, in meinen Reisewagen tragen und fahre darin ausgezeichnet.“

„Es würde Ihnen doch nicht gut sein,“ bemerkte der Arzt.

„Meinetwegen, aber ich will es tun, denn ich langweile mich.“

„Und ich sage Ihnen, Sie sollen vernünftig sein, Herr Mensch, und ruhig liegen bleiben, bis Sie wieder ausgehen. Wir werden Sie nicht vor langer Weile sterben lassen, sondern Sie wieder besuchen, wenn Sie folgen.“

„Ich will folgen,“ gelobte der Philosoph, „aber es darf nicht zu lange dauern?“

„Damit Ihnen die Geduld nicht ausgeht, werde ich Ihnen einige Orangen schicken;“ erwiderte das Mädchen, und empfahl sich mit ihrem Begleiter.

Dr. Raffmaus saß inzwischen mit der Würde einer verleumdeten Unschuld oder eines verkannten Genies wieder in seiner Expedition, die zur Abwicklung der laufenden Geschäfte unter dem Beistande der beiden Rechtskandidaten fortgeführt worden war. Der würdige Advokat bemühte sich, sein Rechtsgeschäft wieder in Flor zu bringen. Die alten Klienten mußten zum größten Teile wiederkommen, viele neue mußte die Neugier dem ehemaligen Ministerpräsidenten zuführen, und daß die Zeit seiner Regierung mit der Zeit zu einer glorreichen umgestempelt würde, das hoffte er unter Beihilfe der liberalen Presse, die schon so manches möglich gemacht, auch bewirken zu können.

An der Spitze seiner Expedition saß wie früher Leberecht Habicht, den er seines Kontraktes wegen nun einmal nicht entließ, bis letzterer abgelaufen, dagegen hatte er ihn wegen jeder Dienstvernachlässigung und jeden Schadens in Strafe zu nehmen angedroht. Und der ehemalige Polizeidirektor der revolutionären Regierung kam als ein Gegenstand höchsten Interesses, ja einer gewissen Verehrung von seiten der sämtlichen Schreiber wieder in die Expedition und hatte bei seinem Erscheinen nach den großen Stürmen geäußert:

„Unverhoffterweise trete ich noch einmal, wenn auch nur für kurze Zeit, an Ihre Spitze. Sie werden sich noch erinnern, daß ich Ihnen damals schon, als Sie über vieles erstaunten, sagte, daß noch viel wunderbarere Dinge passieren würden. Sie werden meine Worte bestätigt gefunden haben und mir nun umsomehr glauben, wenn ich Ihnen versichere, daß noch wunderbarere Sachen passieren werden. Ich, als der ehemalige Chef der revolutionären Polizei, sage Ihnen das, und nun arbeiten Sie.“

Dr. Raffmaus heuchelte seit seiner Rückkehr aus der höheren Politik einen genialen Humor, den er von Zeit zu Zeit durch ein Glas herben Ungarweines zu nähren bedacht war; man sah ihn hier und da in der Schreiberstube erscheinen, die Hände vergnügt reibend, und zuweilen selbst bei vorgekommenen Fehlern mit einem leichten Scherze die Sache abschließend; und in noch höherem Grade empfanden die Rechtskandidaten diese Wandlung, da er ihnen gegenüber einen gewissen Ton von Kollegialität annahm. Mit Erstaunen blickten nach solchen Erfahrungen die Schreiber auf Habicht, der dann nicht verfehlte, seine Lieblingsprophezeiung anzubringen.

(Fortsetzung folgt.)

Die Breslauer Maler lehnten am Freitag in einer gut besuchten Versammlung nach langer, lebhafter Diskussion den in Berlin von den Unparteiischen gefällten Schiedsspruch über die Lohnverhältnisse mit 218 gegen 70 Stimmen ab.

Die Lohnbewegung der Bromberger Böttcher ist nach kurzer Dauer mit einem vollen Erfolg für die Ausständigen beendet worden. Die Arbeitszeit wurde um 3½ Stunden wöchentlich verkürzt, der Lohn durchschnittlich um 1,50 bis 3 Mk. erhöht, und die Organisation anerkannt. Die Abmachungen wurden tariflich festgelegt. Der Erfolg ist umso bemerkenswerter, als die Organisation erst auf ein halbjährliches Bestehen zurückblicken kann.

Tarifbewegung des Buchdruckerei-Hilfspersonals in Dresden. Schon 4 Wochen stehen 80 Anlegerinnen im Kampf um Einführung des Tarifs. Als die Prinzipale Verhandlungen ablehnten, reichten 100 Anlegerinnen die Kündigung ein, die von verschiedenen Prinzipalen mit sofortiger Entlassung der Vertrauenspersonen unter Auszahlung des Lohnes beantwortet wurde. In vier Druckereien wurden Sonderverträge abgeschlossen. Das Personal einer Druckerei trat am 11. Dezember, alle anderen am 18. Dezember außer Arbeit. Die Bemühungen der Prinzipalsorganisation und der Gehilfenorganisation, Verhandlungen anzubahnen, waren bisher erfolglos, was in der Hauptsache darauf zurückzuführen ist, weil instanzenmäßig noch nicht entschieden ist, ob die Gehilfen auf Grund ihres Tarifes verpflichtet sind, mit geübten Streikbrechern als Hilfsarbeiter zu arbeiten. Ungeübte brauchen die Gehilfen nicht anzulernen, auch nicht die Arbeiten des Hilfspersonals verrichten, aber die Obermeister und Lehrlinge sind zum Anlernen Ungeübter verpflichtet und die Gehilfen müssen mit den so Angelernten arbeiten, deshalb konnte der Betrieb in einigen Druckereien notdürftig aufrecht erhalten werden. Verlangte Überstunden sind auf Anordnung des Buchdruckerverbandes nicht weiter gemacht worden, und in der nächsten Woche werden die letzten der maßgebenden Instanzen darüber entscheiden, ob die Gehilfen mit geübten Streikbrechern arbeiten müssen.

Eine Massenklage vor einem Gewerbegericht. Infolge fortgesetzter Maßregelung sind, wie schon berichtet, vor vier Wochen die Arbeiter einer Abteilung der Glühfadenfabrik in Lechhausen in den Streik getreten. Nachdem es der Betriebsleitung trotz eifriger Bemühungen nicht gelungen ist, Ersatz für die Streikenden zu erhalten, stockt der gesamte Betrieb, und die Direktion veranlaßte, die Arbeitszeit für die übrigen Arbeiter auf 3 Tage pro Woche, also auf die Hälfte zu reduzieren. Diese Verkürzung der Arbeitszeit, die natürlich einen ganz bedeutenden Lohnausfall mit sich bringt, erfolgte willkürlich ohne Einvernehmen mit der Arbeiterschaft. Nachdem sich die Fabrikleitung weigert, für den Verdienstausfall eine Entschädigung zu zahlen, haben nun 250 Arbeiter und Arbeiterinnen die Firma beim Gewerbegericht eingeklagt. Weitere 40 Klagen sind von den Streikenden am gleichen Gericht anhängig gemacht, weil die Firma ihnen beim Austritt den Lohn für 3 Tage einbehalten hat und die Herauszahlung verweigert.

Der Vorstand des allgemeinen Knappschaftsvereins gegen die „Bergarbeiterzeitung". Der Vorstand des „Allgemeinen Knappschaftsvereins in Bochum beschloß in seiner jüngsten Sitzung auf Antrag des Verwaltungsdirektors Köhne, gegen die „Bergarbeiterzeitung" Strafantrag zu stellen, weil sie jüngst in einem Artikel gesagt, daß die Statuten von der Verwaltung in einem die Arbeiter schädigenden Sinne ausgelegt werden. Da die bürgerliche Lokalpresse in ihrem am Sonnabend verbreiteten Bericht über die Sitzung sagt, daß der Beschluß einstimmig gefaßt und im Vorstand des Knappschaftsvereins auch fünf Verbandsmitglieder sitzen, bedarf die Sache der Aufklärung. Die fünf Verbandsmitglieder haben ursprünglich gegen den Antrag protestiert, weil das von der „Bergarbeiterzeitung" Behauptete unbestreitbar wahr sei. Als die Verwaltung aber das bestritt, zogen sie ihren Protest zurück, damit die arbeiterschädigende und sinnwidrige Auslegung der Statuten endlich einmal gerichtlich festgestellt werden könne. Die Ältesten befinden sich mit dieser ihrer Stellungnahme im vollen Einverständnis mit der „Bergarbeiterzeitung", die schon in der nächsten Nummer weiteres Tatsachenmaterial für ihre Behauptungen bringen wird.

Soziales.

Eine Schnüffelei nach sozialdemokratischen Jugendorganisationen. Die Angst vor der sozialdemokratischen Jugend läßt den Spießern keine Ruhe. Man versucht mit allen Mitteln, der bestehenden Organisationen habhaft zu werden, und ihnen den Garaus zu machen. Die pfälzische Handwerkskammer versendet jetzt ein Schreiben an die gewerblichen Korporationen, das auf die drohende Gefahr aufmerksam macht. Gleichzeitig wird um die Beantwortung einer Reihe von Fragen ersucht. Das Zirkular hat folgenden Wortlaut:

Pfälzische Handwerkskammer.

Zirk. Nr. 6/1910.

Kaiserslautern, 10. Januar 1910.

An die gewerblichen Korporationen!

Der Ausschuß des Deutschen Handwerks- und Gewerbekammertages hat in seiner Sitzung vom 5. November 1909 über die Frage der sozialdemokratischen Verhetzung der Jugend und über die Mittel zu ihrer Bekämpfung verhandelt. Insbesondere handelt es sich darum, ob sogenannte Jugend- oder Lehrlingsvereine bestehen, die unter Umgehung des Vereinsgesetzes gleichwohl politische Ziele verfolgen, sowie um die außerordentlich schwierige Frage, inwieweit solchen Organisationen ihr wahres Gesicht entlarvt und dieselben unwirksam gemacht werden können.

Die Frage hat für das Handwerk ein ganz besonderes Interesse, weil es sich hier um die Zukunft des Handwerkes handelt, die durch Beeinflussung des handwerklichen Nachwuchses schwer gefährdet werden kann.

Die Frage soll auf dem nächsten Deutschen Handwerks- und Gewerbekammertag in Stuttgart verhandelt werden. Es wird daher um Beantwortung umstehender Fragen bis 20. Januar 1910 höfl. ersucht.

Hochachtungsvollst

Pfälzische Handwerkskammer.

Der Vorstand:

A. Heil, Vorsitzender. Bernad, Sekretär.

Fragebogen betr. sozialdemokratische Jugend- und Lehrlingsvereine.

1. Bestehen am dortigen Platze Jugend- oder Lehrlingsvereine, welche unter sozialdemokratischem Einfluß stehend angesehen werden können?

2. Welche Bezeichnung führen dieselben? (Junge Garde usw.)

3. Wurde beobachtet, mit welchen Mitteln für den Beitritt geworben wird?

4. Werden z. B. an die fortbildungsschulpflichtige oder fortbildungsschulentlassene Jugend Flugschriften verteilt oder zirkulieren besondere Zeitschriften, die besonders für den gewerblichen Nachwuchs zugeschnitten sind? (Junge Garde usw.)

5. Wenn ja, bitten wir, wenn solche habhaft gemacht werden können, dieselben mit einzusenden!

5a. Wurde bereits gegen die Verteilung seitens der Schulbehörden durch Strafanzeige mit Erfolg eingeschritten?

6. Wer leitet die Vereine?

7. Wo und an welchen Tagen und in welcher Folge finden die Vereinsversammlungen statt?

8. In welcher Weise betätigt man sich in den Versammlungen?

8a. Werden Vorträge gehalten?

b. Von wem?

c. Werden turnerische Übungen abgehalten?

d. Bestehen Diskutierabende mit Rednerschulen?

e. Bestehen Bibliotheken?

f. Findet Unterricht in Buchführung, Rechnen und sonstigen Fächern statt?

g. Wer erteilt diesen Unterricht?

h. Werden Ausflüge und Exkursionen als Lockmittel veranstaltet?

i. Finden Gesangs- und Musikabende usw. statt?

9. Wieviele Mitglieder zählt der betreffende Verein ca.?

. . . . . den . . Januar 1910.

(Name der Korporation.)

(Unterschrift des Vorstandes.)

Ein Erfolg „staatsbürgerlichen Unterrichts". Die „Deutsche Tageszeitung" vom 15. Januar berichtet über ein Vorkommnis bei dem staatsbürgerlichen Unterricht in einer Bezirksschule in Leipzig. Der Direktor habe in aller Form eine Landtagswahl veranstaltet und vier Kandidaten aufstellen lassen. Es kam zur Stichwahl und gewählt wurde von den Schülern ein — Sozialdemokrat. Die „Deutsche Tageszeitung" jammert, dieses „merkwürdige" Vorkommnis sei ein Beweis dafür, wie solch staatsbürgerlicher Unterricht nicht erteilt werden müsse. Ihr Schmerz ist allerdings begreiflich. Wenn der Lehrer ein Pädagoge nach dem Herzen der Tageszeitung sein sollte, hätte er doch mindestens durch genügenden Druck, nach dem Beispiel der Junker und Behörden, ein Wahlresultat herbeiführen müssen, das vor den Augen der Agrarier Gnade findet.

Arbeitersekretäre als Prozeßbevollmächtigte und Parteivertreter vor Gericht. Als das Gewerbegerichtsgesetz erlassen wurde, waren die Arbeitersekretariate in Deutschland noch unbekannt, und es war auch nicht vorauszusehen, daß sich die Arbeiterorganisationen derartig rapid entwickeln würden, wie wir es erlebt haben. Erst drei Jahre nach der Schaffung der Gewerbegerichte, nämlich im Jahre 1894, wurde das erste deutsche Arbeitersekretariat — in Nürnberg gegründet. Als das Gewerbegerichtsgesetz im Reichstage beraten und als ihm im § 31 die dem § 157 der Zivilprozeßordnung ähnliche Bestimmung eingefügt wurde, daß Personen, die das mündliche Verhandeln vor Gericht geschäftsmäßig betreiben, als Parteivertreter vor den Gewerbegerichten nicht zugelassen werden dürfen, da hat natürlich kein Mensch an Arbeitersekretariate gedacht und Arbeitersekretäre im Sinne gehabt, sondern es waren Rechtsanwälte, Rechtskonsulenten Prozeßagenten und Personen ähnlichen Berufes gemeint, die als Vertreter ausgeschlossen sein sollten. Als später doch von übereifrigen Behörden und Beamten der Versuch gemacht wurde, Arbeitersekretäre unter die Bestimmung des § 31 des Gewerbegerichtsgesetzes zu stellen, ja, als in Beuthen versucht wurde, das Arbeitersekretariat und seinen Geschäftsbetrieb für anmelde- und konzessionspflichtig zu erklären, da waren es die Vertreter der Regierung, insbesondere Graf Posadowsky, die im Reichstage, auf sozialdemokratische Anfragen hin, erklärten, daß Arbeitersekretariate und Arbeitersekretäre von der Bestimmung des § 31 des Gewerbegerichtsgesetzes nicht getroffen werden sollten. Trotzdem gilt es immer noch einzelne Gewerbe- und Kaufmannsgerichte, bei denen Arbeitersekretäre als Prozeßvertreter nicht zugelassen werden — besonders die Berg-Gewerbegerichte zeichnen sich in dieser Beziehung höchst unvorteilhaft aus; aber die große Mehrzahl der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte hat diesen rückständigen Standpunkt verlassen — zum Teil auch von Anfang an nicht eingenommen, und die Zahl der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte nimmt immer mehr zu, die Arbeitersekretäre grundsätzlich bedingungslos als Vertreter zulassen.

Das gemeinsame Gewerbegericht in Gera hatte sich wiederholt mit dem Antrage einer Partei zu beschäftigen, den Arbeitersekretär, Genossen Fraenkel, als Vertreter zurückzuweisen. Das Gewerbegericht hat diesen Anträgen jedoch nicht entsprochen, sondern es hat in zwei Prozessen den Genossen Fraenkel durch Gerichtsbeschluß als Vertreter zugelassen. Der erste Beschluß ist vom 11. September 1908. Der zweite Beschluß — Aktenzeichen Lit. C. Nr. 45/09 — ist vor einigen Wochen ergangen und hat, wie die „Reuß. Tribüne" mitteilt, folgenden Wortlaut:

„In Sachen . . . . . wird der Arbeitersekretär Felix Fraenkel als Vertreter des Klägers einstweilen zugelassen. Es wird ihm jedoch aufgegeben, im nächsten Termin seinen Anstellungsvertrag vorzulegen.

Gründe:

Im Beschluß vom 11. September 1908 in Sachen Gerbeth/Hofmann hat sich das Gericht auf den Standpunkt gestellt, daß der hiesige Arbeitersekretär auf Grund der Tatsache, daß er im Jahre 1908 nur wenige auswärtige Personen vor dem Gericht vertreten habe, und auf Grund seiner Behauptung, er sei durch seinen Anstellungsvertrag mit dem hiesigen Gewerkschaftskartell zur Vertretung von Klienten vor Gericht nicht verpflichtet und erhalte für solche Vertretungen weder vom Kartell noch von der Partei eine Vergütung, als Vertreter vor dem Gewerbegericht zuzulassen sei, da er das Verhandeln vor Gericht nicht geschäftsmäßig betreibe.

An dieser Rechtsauffassung glaubte das Gericht auch in gegenwärtiger Sache festhalten zu sollen. Zwar verkannte das Gericht nicht, daß Geschäftsmäßigkeit im Verhandeln vor Gericht auch dann vorliegen könne, wenn Arbeitersekretariate es — ohne dazu verpflichtet zu sein — in den Kreis ihrer Aufgabe ziehen, nicht nur den Arbeitern Rechtsrat zu erteilen, sondern sie auch gerichtlich zu vertreten, und zwar ohne Rücksicht darauf, ob das Verhandeln unentgeltlich erfolgt; denn Geschäftsmäßigkeit ist nicht gleichbedeutend mit Gewerbsmäßigkeit und auch eine gemeinnützige Betätigung kann den Charakter der Geschäftsmäßigkeit annehmen. Da indes die Grenze zwischen der gemeinnützigen und der geschäftsmäßigen Tätigkeit äußerst flüssig ist, die starre Anwendung des § 31 des Gewerbegerichtsgesetzes unter Umständen auch geradezu zu einer Art Rechtsverweigerung führen kann, so war das Gericht anderseits der Meinung, daß eine möglichst weitgehende Auslegung dieses Paragraphen dem Willen des Gesetzes und den sozialen Anforderungen des Lebens am meisten entspreche.

Der Arbeitersekretär Fraenkel ist nun, wie gerichtsbekannt, im Jahre 1909 vor dem Gewerbegericht nur in vier Prozessen (sechs Terminen) und vor dem Kaufmannsgericht in zwei Prozessen (fünf Terminen) für auswärtige Parteien aufgetreten. Eine derartig vereinzelte Tätigkeit zwingt nicht zu der Schlußfolgerung, daß F. das Verhandeln vor Gericht geschäftsmäßig betreibt. Wohl aber würde diese Geschäftsmäßigkeit vorliegen wenn F. die Vertretungen in Erfüllung seiner Pflichten als Verbandsbeamter — wie der Inhaber der Beklagten behauptet — übernommen hat.

Es war daher zwar keine Veranlassung gegeben, F. sofort als Vertreter des Klägers zurückzuweisen, wohl aber war die Prüfung der rechtserheblichen Einwendung des Beklagten nicht zu umgehen. Damit rechtfertigt sich die Entscheidung.

Gera, 22. Dezember 1909.

Der Vorsitzende des gemeinsamen Gewerbegerichts.

(gez.) Fleischmann."

Ob das Gewerbegericht mit dieser, von dem Beschluß am 11. September v. J. wesentlich abweichenden Auffassung seiner Kundgebung, den „sozialen Anforderungen des Lebens" entsprechen zu wollen, gerecht wird, diese Frage kann unbeantwortet und unerörtert bleiben, weil Genosse Fraenkel durch Überreichung einer Abschrift seines Anstellungsvertrages und eines Statuts des Arbeitersekretariats dem Vorsitzenden des Gewerbegerichts nachgewiesen hat, daß er nicht verpflichtet ist, Vertretungen zu übernehmen, sondern daß er die Vertretungen nach eigenem Ermessen in freier Entschließung übernimmt.

Krankenkasse und Gewerkschaftshaus. Die Verderblichkeit des Bestrebens, in Zukunft durch die Gesetzgebung das Verwaltungsstreitverfahren in einer Reihe von Krankenkassenangelegenheiten nicht mehr zuzulassen, wird durch folgenden Rechtsfall beleuchtet. In Wald bei Solingen besteht unter dem Namen „Kranken- und Sterbeauflage bei Kaspar Jäger" eine Krankenkasse mit einem Statut, das älter ist wie das Krankenversicherungsgesetz und wie das Hilfskassengesetz, und das genehmigt wurde gemäß einer Kabinettsordre vom 29. September 1833. Der Minister für Handel und Gewerbe hat dann später auf Grund des § 75a des Kranken-Versicherungsgesetzes bescheinigt, daß die Kasse vorbehaltlich der Höhe des Krankengeldes den Anforderungen des § 75 genüge. Als Aufsichtsbehörde ist seinerzeit für die Kasse „die Ortsbehörde unter Oberaufsicht des Regierungspräsidenten in Düsseldorf" bestimmt worden, was im Statut Ausdruck findet. Die Kasse, die immer ihre Generalversammlungen 2c. im Lokal von Kaspar Jäger abgehalten hatte (daher der Name), siedelte nun vor einiger Zeit nach dem Gewerkschaftshaus in Wald über. Einigen Mitgliedern, die schon immer gegen die Leitung mit Denunziationen vorgingen, paßte das nicht. Sie machten sich wieder an den Bürgermeister als Aufsichtsbehörde heran und behaupteten, es sei ihnen nicht möglich, in das Gewerkschaftshaus zu gehen. Durch die Abhaltung der Versammlungen im Gewerkschaftshaus seien sie behindert, an den Versammlungen teilzunehmen. Der Bürgermeister ließ sich dadurch irritieren und erließ, nachdem er sich mit dem Regierungspräsidenten ins Benehmen gesetzt hatte, eine Verfügung an den Vorstand, wodurch er den Wechsel des Lokals untersagte. Man kümmerte sich aber nicht darum, sondern hielt die Generalversammlung im Gewerkschaftshause ab. Es folgten weitere Verfügungen, daß ein einwandfreies Lokal zu nehmen sei, und wurden Zwangsstrafen auf Grund des § 132 des Landes-Verwaltungs-Gesetzes angedroht. Bemerkt wurde, daß jedes andere Lokal, nur nicht das Gewerkschaftshaus genommen werden solle, weil dies Verkehrslokal der Sozialdemokraten sei und einen besonderen politischen Anstrich habe. Er, der Bürgermeister, habe sich nicht zu überzeugen vermocht, daß durch die Abhaltung der Hauptversammlungen im Gewerkschaftshause die Interessen aller Kassenmitglieder gewahrt sein mögen. Der Bürgermeister erklärte im Anschluß an seine letzte Verfügung zugleich die in einer Hauptversammlung im Gewerkschaftshause gefaßten Beschlüsse für ungültig. Der Vorsitzende E. Weck focht die Verfügung im Verwaltungsstreitverfahren durch Klage beim Bezirksausschuß an und betonte, daß das Gewerkschaftshaus durchaus einwandfrei sei. Der Bezirksausschuß und das preußische Oberverwaltungsgericht als letzte Instanz wies die Klage ab, weil die Verwaltungsgerichte für die Klage dieser Kasse gegen die als Aufsichtsverfügung ergangene Verfügung unzuständig seien, da die Kasse keine der unter das Krankenversicherungsgesetz fallenden Kassen wäre, sondern eine auf Grund höherer Bestimmung (Kabinettsordre von 1833) gegründete Kasse. Das Verwaltungsstreitverfahren sei nicht gegeben. — Hier bleibt es also mangels des Verwaltungsstreitverfahrens bei der die meisten Mitglieder geradezu ins Gesicht schlagenden Aufsichtsverfügung, während derselbe Senat als zuständiger Verwaltungsrichter im Oktober 1909 die Wahl des Gewerkschaftshauses in Frankfurt a. O. zu Ortskrankenkassen-Versammlungen für durchaus zulässig erklärt hatte.

Ausnahmegesetze gegen die Gewerkschaftsbewegung in Rumänien. Dem rumänischen Parlamente ist soeben ein Gesetzentwurf des Handels- und Industrie-Ministeriums zugegangen, das der aufstrebenden Arbeiterbewegung dieses Landes den Garaus machen soll. Zunächst wird allen Staats-, Gemeinde- und Angestellten öffentlicher Anstalten der Beitritt zu jedweder gewerkschaftlicher Organisation schlankweg untersagt, jeder Streik streng unter Androhung sofortiger Entlassung und Verlust aller Ansprüche auf Pension usw. verboten. Das Streikrecht aller anderen Arbeiterkategorien wird dadurch beschränkt, daß „mit Gefängnis bis zu 2 Jahren bestraft wird, wer durch Gewalttätigkeit oder Drohung Arbeitsniederlegung verschuldet oder verlängert, um dadurch den Arbeitern eine Herabsetzung oder den Unternehmern eine Erhöhung der Löhne aufzuzwingen." Alle Personen, die solcher Vergehen schuldig sind, aber nicht selbst zu dem in Mitleidenschaft gezogenen Betriebe gehören, können nur mit der Höchststrafe belegt werden. Die schon ungeheuerliche Theorie dieses geplanten Ausnahmegesetzes wird zweifelsohne in der Praxis in Wunder zugunsten des Unternehmertums sich umsetzen, denn der Entwurf enthält ferner die drakonische Bestimmung, daß der Bezirksrichter ermächtigt sein soll, in dringenden Fällen völlig selbständig und ohne jede Möglichkeit der Zulassung mildernder Umstände die Übertreter des Gesetzes abzuurteilen. Ob der Plan der Regierung und ihrer Auftraggeber, der rumänischen Scharfmacher, gelingt, wird wesentlich von dem Verhalten der „liberalen" Partei abhängen, erscheint aber gerade deshalb leider sehr wahrscheinlich.

Aus dem Gerichtssaal.

Mansfelder Streikurteile. Wegen Verstoßes gegen den § 153 der Gewerbeordnung hatten sich drei Mansfelder Bergleute vor der Halleschen Strafkammer zu verantworten. Alle drei waren vom Schöffengericht im Streikrevier zu erheblichen Gefängnisstrafen — anders tut man es dort nicht mehr — verurteilt worden und hatten Berufung eingelegt. Der Bergmann Paul Dille aus Helbra soll zu einem Arbeitswilligen gesagt haben: „Dich möchte man anspucken." Weder der angeblich Beleidigte noch ein als Zeuge auftretender Gendarm können den Angeklagten bestimmt als Täter bezeichnen. Nichtsdestoweniger wird seine Strafe von einer Woche Gefängnis bestätigt! — Der Arbeiter

Wilh. Nickel hatte einem Trupp Arbeitswilliger den Ausdruck Pfui! nachgerufen und soll dabei ausgespuckt haben. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Genosse Landsberg, macht mit Recht geltend, daß hier doch nichts weniger als eine Drohung im Sinne des § 153 vorliege. Das Urteil lautet auf einen Monat Gefängnis! — Einen Arbeitswilligen, der nicht ermittelt worden ist, soll der Bergmann Ernst Förster mißhandelt haben. Nachgewiesen ist lediglich, daß der Angeklagte einem Arbeitswilligen gesagt hat: „Na, Du konntest doch lieber zu Hause bleiben!" — Ein Gendarm will gesehen haben, wie F. eben diesen Arbeitswilligen am Rockärmel hin und her gezerrt habe. Dieser selbst hat sich keineswegs belästigt gefühlt, sonst würde er sich doch gemeldet haben. Das Wort des Gendarmen jedoch ist heilig, und also muß der Bergmann seine „Tat" mit zwei Monaten Gefängnis büßen. Man muß sich schon die größte Mühe geben, um die Urteile auch nur vom Standpunkte der bürgerlichen Klassenanschauung zu begreifen. Restlos wären sie nur dann zu erklären, wenn man annehmen wollte, daß den Richtern der Auftrag geworden sei, unsere Agitation in der nachhaltigsten Weise zu unterstützen. Man glaubt garnicht, wie diese Urteile die bisher so friedfertigen Mansfelder Knappen aufpeitschen!

Mißhandlung durch Edelste der Nation. Vor der Paderborner Strafkammer standen am Mittwoch Freiherr von Brinken zu Wemer und Freiherr Klemens von Romberg unter der Anklage der schweren Körperverletzung. Im März vorigen Jahres waren die beiden Herren auf Schloß Wemer und hatten bis spät in die Nacht hinein gezecht. Um zwei Uhr begaben sie sich zum Schlafzimmer des Bedienten, den sie beschuldigten, daß er nicht hinreichend geheizt hätte. Als der Diener nicht öffnen wollte, traten sie die Tür ein und mißhandelten den Diener dermaßen, daß er schwerverletzt aus dem Schlosse flüchtete und im Dorfe Wemer Unterkunft suchte. Er war nur notdürftig bekleidet. Am folgenden Tage wurde er nach Göttingen zur Klinik geschafft. Dort befindet er sich noch jetzt und wird wahrscheinlich für immer ein Krüppel bleiben. Die Staatsanwaltschaft beantragte für von Brinken sechs Monate Gefängnis, für von Romberg 7½ Monate Gefängnis. Das Gericht erkannte für von Brinken auf zwei Monate für von Romberg auf zweieinhalb Monate Gefängnis und auf gemeinschaftliche Kostentragung. Wie milde ist das Urteil im Vergleich zu den gegen Arbeiter gefällten! Wir erinnern unsere Leser nur an die aus Anlaß des Mansfelder Streiks verhängten Strafen.

Opfer der Schundliteratur. Im Juni v. J. lief bei dem Prinzregenten von Bayern ein Schreiben aus Bamberg ein, worin gefordert wurde, den Hauptlehrer Dorn an der dortigen Domschule zu entlassen, da er die Schüler barbarisch mißhandele, ferner sei sofort die zweite Schulklasse aufzuheben; für den Fall, daß der Forderung nicht stattgegeben werde, wurde die „Revolution" angedroht, alles werde niedergemetzelt, 4634 Mann stünden mit Revolvern bereit. Der Brief war unterzeichnet: „Mit besten Grüßen 4634 Arbeiter." Ein Brief ähnlichen Inhalts gelangte auch an das bayerische Kultusministerium. Als der Absender wurde ein fünfzehnjähriger Hausbursche in Bamberg ermittelt, der am Zwang zum Besuch der Sonntagsschule keinen Gefallen fand. Um gleich in die letzte Klasse zu kommen, beging er eine Urkundenfälschung. Er ist durch die Lektüre von Schundliteratur veranlaßt worden, seinen Zweck auf diesem abenteuerlichen Wege zu verfolgen. Das Jugendgericht verurteilte ihn zu drei Wochen Gefängnis. — Den kindischen Streich durch Gefängnis zu bestrafen statt erziehlich einzuwirken und allenfalls einen Verweis zu erteilen, beweist die völlige Unzulänglichkeit unseres Strafsystems gegen Jugendliche. Solche Strafen wirken genau so entsittlichend wie die Schundliteratur.

Genossenschaftsbewegung.

Genossenschaftliche Küstenschiffahrt in Irland. Die irische Großeinkaufsgesellschaft plant die Organisation eines Schiffsverkehrs zwischen irischen und britischen Häfen, um einesteils den Import von Futterstoffen usw. zu vereinfachen und anderseits den Export ländlicher Produkte selbst zu besorgen. Es ist beabsichtigt, eine besondere Genossenschaft ins Leben zu rufen, die unter dem Titel „Irish Cooperative Shipowners Ltd." einen Dampfer mit zirka 160 Tons Tragfähigkeit kaufen soll, um den Verkehr zwischen den kleinen irischen und britischen Hafenplätzen aufrechtzuerhalten. Da diese Häfen wegen ihrer geringen Tiefe nicht von größeren Fahrzeugen aufgesucht werden können, so müssen fast alle Güter in Kähne umgeladen werden, um in diese Häfen zu gelangen. Der neue Dampfer soll vermöge seines geringen Tiefganges (6 Fuß) diese Umladungen vermeiden, wodurch Kosten gespart sowie Beschädigungen und Verluste der Güter ausgeschlossen werden.

Eine Blüte der kleinhändlerischen Zugabenpraxis. Wie das amtliche Organ der Handelskammer zu Halberstadt in seiner Dezembernummer mitteilt, gibt in Parey neuerdings ein Materialwarenhändler, um eine neue Sorte Buttererfatz einzuführen, jedem Käufer dieser Ware Porzellangeschirr, wie Teller, Tassen, Schüsseln usw. unentgeltlich zu. Darauf hat nun ein anderer Geschäftsinhaber, der außer Eisen- und Stahlwaren auch Porzellanwaren führt, jedem Käufer von Porzellangeschirr auch ein Pfund Butter oder Buttererfatz dieser Marke umsonst verabfolgt. — So ruinieren die Konsumvereine den Detailhandel.

Aus Nah und Fern.

Bürgerliche Sportvereine und Arbeiterjugend. Eine an sich gute Sache, die sportliche Betätigung der Jugend, kann durch Ausartung zu einer gesellschaftlichen Eiterbeule werden. So steht es jetzt schon in unserm byzantinischen Deutschland mit vielen Sportzweigen. Werfen wir einen Blick in die sportlichen Fachblätter, so fällt uns sofort ein widerlicher Personenkultus auf. Irgendein muskulöser Athlet erfreut unser Auge mit seinem in geschmacklosester Pose dargebotenen Konterfei. Ein sportbeflissener Stribifax schreibt dazu im schönsten Kauderwelsch die Lebensgeschichte des „berühmten" Mannes und zählt uns getreulich alle seine Körpermaße, von der großen Zehe bis zum unvermeidlichen Biceps und dem Stiernacken auf, als gelte es ein Weltwunder zu bestaunen. Wir blättern weiter. In schreienden Bildern wird uns jetzt die Fußballjugend vorgeführt und mit breiter Behaglichkeit schildert man uns jede kritische Situation eines weltbewegenden „Matsch". Im Fußballsport haben sich bereits Berufsklubs herausgebildet, deren Mitglieder bald das ganze Jahr auf Reisen gehen, in allen größeren Städten des In- und Auslandes ihre Schlachten liefern und fabelhafte Summen verdienen. Ein noch blöderer Kult wird mit den hervorragenden Schnell- und Dauerläufern getrieben, verdiente doch der Italiener Dorando auf einer amerikanischen Tournee 100 000 Dollar. Der Mann hat bereits eine zweite Reise nach Amerika unternommen. Bei den berüchtigten Boxkämpfen zwischen dem Kanadier Burns und dem Neger Jak-Johnson erhielt der Kanadier 120 000 Mk. für ein einmaliges Treffen mit dem gefürchteten Neger. Am 4. Juli dieses Jahres will der frühere Weltmeister im Boxen, Jeffries, dem Neger in San Francisco gegenübertreten; die Berechtigung zum Arrangement wurde öffentlich versteigert und die beiden Boxer erzielten nicht weniger als 400 000 Dollar für ein einmaliges Kämpfen. Diese sportliche Entartung, die von einer tiefen Fäulnis unserer Zeit zeugt, sucht man uns nachzuäffen und es stimmt unsere Sportfexe recht traurig, daß das liebe deutsche Publikum an dem Blödsinn immer noch nicht den rechten Geschmack findet. Mit um so größerem Eifer wirft man sich auf die Jugend, schwätzt der Öffentlichkeit etwas von Körperkultur vor, während man in Wirklichkeit die Jugend durch Überanstrengung körperlich und geistig zugrunde richtet. Der Arbeiterjugend muß vor diesem Treiben, das mit der Körperpflege nichts mehr zu tun hat, geschützt werden. Wenn unsere Jugend ihren Geist und Körper pflegen will, dann findet sie in den Jugendvereinen, den Arbeiterturn- und Sportvereinen eine gastliche Stätte; in den bürgerlichen Sportvereinen hat die Arbeiterschaft nichts zu suchen.

Freut euch, Bahnwärter, in königlich-preußischen Diensten! In den Zeitungen ist diese wichtige Meldung zu lesen: „Einige Bahnwärter der preußisch-hessischen Staatsbahnen hatten sich an den Minister der öffentlichen Arbeiten, von Breitenbach, um Änderung ihrer Uniform gewandt. Natürlich beklagten sie sich darüber, daß ihre Kollegen, die Weichensteller, eine Goldlitze am Kragen und sie selbst nur den schmucklosen, glatten schwarzen Kragen hätten. Der Minister hat dem Vorstande des Bahnwärtervereins jetzt mitteilen lassen, daß er ihrer Bitte näher getreten sei und bei dem Kaiser und Könige beantragt habe, dem Bahnwärter ebenfalls eine Goldtresse und außerdem an jeder Seite des Uniform-Rockkragens die Buchstaben B. W. (Bahnwärter) zu verleihen. Jedenfalls wird die neue Auszeichnung am 27. Januar publiziert werden." Die Regierung weiß, weshalb sie den goldtressen-sehnsüchtig veranlagten Bahnwärtern entgegenkommt. Wenn diese einmal die höchst notwendige Dienstzeitverkürzung oder eine Lohnerhöhung verlangen, wird sie sagen: „Was wollt Ihr denn schon wieder? Ihr habt doch eben erst den prächtigen Uniformschmuck bekommen!"

Vom Schnellzug überfahren. Der Zimmermann Hermann Hübschir aus Breslau, der am Odertorbahnhof als Hilfsweichensteller beschäftigt ist, wurde Sonntag bei Wärterbude 3, als er die Strecke revidieren wollte, von dem herausfahrenden Schnellzug Breslau—Kalisch erfaßt und überfahren. Der Körper Hübschers wurde buchstäblich in zwei Teile zerschnitten.

Liebestragödie in Bochum. In einem Hause an der Viktoriastraße in Bochum hat sich gestern vormittag ein Liebesdrama abgespielt. Der 27 Jahre alte, aus Langendreer stammende Bureaubeamte Fischer, der am allgemeinen Knappschaftsverein in Bochum tätig war, unterhielt mit der in dem Vogelimporthaus Kersten angestellten zwanzig Jahre alten hübschen Verkäuferin Alwine Krieger ein Liebesverhältnis, dem im Mai die Hochzeit folgen sollte. Offenbar ist es zwischen dem Paar zu einem Zerwürfnis gekommen, denn gestern früh erschien Fischer in dem Verkaufslokale und feuerte einen Schuß ab, der dem jungen Mädchen in die linke Brustseite drang und es lebensgefährlich verletzte. Darauf richtete Fischer die Waffe gegen sich selbst und tötete sich durch einen Schuß in die Brust.

Skandalaffären in Frankfurt a. M. In letzter Zeit waren der Frankfurter Kriminalpolizei Nachrichten zugegangen, daß sich in einer vornehmen Villa ein Absteigequartier befinde. Kriminalbeamte statteten infolgedessen dem Haus einen Besuch ab, fanden aber zunächst trotz peinlichster Untersuchung aller Räume der reich ausgestatteten und vornehm möblierten Wohnung nichts, was ihren Verdacht bestätigen konnte. Schließlich kam man an einen Wandschrank, der sich mit Hilfe von Dietrichen nicht öffnen ließ und aufgesprengt werden mußte. Die Kriminalpolizei fand dahinter einen ihr bisher verborgen gebliebenen Raum, in dem sich eine Gesellschaft von acht Personen befand, und zwar fünf verheiratete Damen, ein junges Mädchen und zwei verheiratete Männer, deren Namen festgestellt wurden. In Frankfurt a. M. wurde ein Photograph wegen Vergehens gegen § 175 verhaftet, in dessen Besitz sich ein dickleibiges Adreßbuch mit Namen von Homosexuellen aus Berlin, München und Wiesbaden befand.

Durch eine Explosion von Feuerwerkskörpern sind am Sonnabend vier Personen ums Leben gekommen. Im Dorfe Aldeias bei Gouveias (Portugal) wurde das Haus eines Fabrikanten von Feuerwerkskörpern durch eine Explosion zerstört. Der Fabrikant, seine Frau und seine beiden Kinder wurden unter den Trümmern als Leichen aufgefunden. Verschiedene Personen erlitten Verletzungen. Die Häuser sind in weitem Umkreis beschädigt.

Ein spanischer Herzog als Falschmünzer. Vor einiger Zeit hat der Umlauf falscher Duros (Fünfpesetasstücke) in Spanien derart zugenommen, daß die Regierung in die größten Verlegenheiten kam, und infolge der Entwertung auch der echten Duros ernste Wirren auszubrechen drohten. Niemand konnte sich erklären, wo die ungeheuren Mengen falscher Stücke angefertigt wurden. Jetzt ist bei Guadix in Andalusien die Hauptwerkstätte der Falschmünzer entdeckt worden. Als Gerichtsbeamte gestern auf dem einsam gelegenen Gutshof, der dem Conde-Duque de Benavente, einem Granden von Spanien gehörte, eine Beschlagnahme vornehmen wollten, fanden sie zwar nichts, stießen aber schließlich auf eine festgeschlossene Tür. Als diese mühevoll geöffnet worden war, zeigte sich ihnen eine vortrefflich eingerichtete Münzstätte. Ganze Kisten fertiger und halbfertiger täuschend nachgemachter Durostücke standen umher. Der Zustand der Maschinen tat dar, daß die Falschmünzerei dort lange und in großem Umfang betrieben worden sein muß. Der Conde-Duque, dessen Vorfahr bekanntlich von Velazquez verewigt worden ist, wurde daraufhin verhaftet, da er längere Zeit allein den Gutshof bewohnt. Weitere hochstehende Personen sollen in die Affäre verwickelt sein.

Die falschen Vanderbilt-Wechsel. Die Affäre der Schwindler, die, wie gemeldet, auf den Namen des amerikanischen Millionärs Alfred H. Vanderbilt gefälschte Wechsel in Umlauf gesetzt haben, wird merkwürdiger. Die Fälscher besitzen Wechsel in Höhe von sechs Millionen Mark, die von dem Prinzen Franz Josef von Braganza akzeptiert sind. Da der Prinz aber unter Kuratel steht und zum Ausstellen von Wechseln nicht befugt ist, versuchen die Betrüger, das Geld von dem Paten des Prinzen, dem Kaiser von Österreich, unter der Drohung zu erpressen, sonst den Prinzen gerichtlich zu verfolgen. Die Bande mußte in London, da der amerikanische Botschafter sich weigerte, sie im Namen der Familie Vanderbilt zu verfolgen, wieder freigelassen werden. — Alfred Vanderbilt, der seit einigen Tagen in London weilt, nimmt — wenigstens nach außen hin — zu der Wechselaffäre keine Stellung. Seine Lieblingsidee, in altväterlichen Kutschen von London nach dem Seebad Brighton und zurück Passagiere aus der Londoner Society eigenhändig zu fahren, macht ihm natürlich mehr Spaß.

Ein neues Säugetier entdeckt? In Britisch-Ostafrika hat die wissenschaftliche Expedition der Smithsonian Institution unter Leitung Roosevelts bei dem Sammeln von Tieren und Pflanzen ein neues Säugetier entdeckt, was erst jetzt in Washington bekannt gegeben ist. Es handelt sich um einen Otozyon (Löffelhund) dem die Expedition den Beinamen vegatus gegeben hat. Es ist ein kleines Raubtier, das Ähnlichkeit mit dem Fuchs hat. Der Otozyon vegatus, dessen Entdeckung auf Rechnung eines Mitgliedes des Museums, des Herrn Gerrit Miller kommt, ein lederfarbenes Raubtier, unterscheidet sich äußerlich nicht allzuviel von dem Otozyon megalotis, der weiter südlich häufig ist; die Hauptunterschiede beziehen sich auf die Farbe, die Zähne und den Schädel. Die Entdeckung ist deswegen besonders interessant, weil das Gebiet, in dem das Tier gefunden ist, schon oft von Zoologen durchforscht worden ist, so daß man gar nicht darauf gerechnet hat, dort ein unbekanntes Säugetier zu entdecken.

Humanität und Geschäft. Aus Neuyork wird nach einer Mitteilung des „Neuyork Journal" berichtet, daß „Fräulein Anna Morgan, die Tochter des bekannten Millionärs Morgan, infolge ihrer während des Streiks der Blusenarbeiterinnen gemachten Erfahrungen sich entschlossen habe, eine Fabrik zur Anfertigung von Blusen zu errichten. Der Betrieb in dieser Fabrik soll in jeder Hinsicht mustergültig sein. Fräulein Morgan, die eine führende Rolle im Streik gespielt hat, ist davon überzeugt, daß es diesen Arbeiterinnen sehr schwer fällt, sich ehrlich durchzuschlagen. Sie hat eine große Anzahl Damen ihrer Gesellschaftsklassen für das Projekt einer Musterfabrik für Blusen interessiert, in der Mädchen, die der Union angehören, beschäftigt werden sollen. Das Kapital der neuen Gesellschaft wird 5 Millionen Mark betragen. Da die Streikenden die besten Blusenarbeiterinnen des Landes sind, so sind die Organisatoren fest davon überzeugt, daß sie mit dem neuen Etablissement, das sich gegen die unionierten Blusenarbeiterinnen richtet, konkurrieren können." Die Spekulation des Fräuleins, das anscheinend von seinem Vater neben diversen Millionen auch eine gute kaufmännische Veranlagung geerbt hat, dürfte sich als eine durchaus gute erweisen. Mit den besten, eingearbeiteten Spezialarbeiterinnen, bei einem genügend großen Anlagekapital wird die Fabrik sicherlich konkurrenzfähig sein und ganz nette Gewinne abwerfen.

Allerlei Wissenswertes.

Der giftige Kometenschweif. Am 18. Mai d. J. wird der Halleysche Komet die Erdbahn kreuzen und somit unserm Planeten so nahe wie möglich kommen. Allerdings bedeutet das immer noch eine Entfernung von 21 oder 22 Millionen Kilometern. Aber man meint, daß sein Schweif so lang oder noch länger sein kann. Der Professor Pickering am Lick-Observatorium in Kalifornien hat nun auf spektroskopischem Wege in dem Kometenschweif Blausäure entdeckt, und ängstliche Leute meinen, daß die Erde oder vielmehr alles Leben auf ihr von dem giftigen Schweif vernichtet werden könnte. Aber Pickering selbst und andere Gelehrte, wie neuerdings auch die Stockholmer Professoren Arrhenius und Bohlin stellten fest, daß die Blausäure im Kometenschweif so verdünnt sein werde, daß man auf der Erde gewiß nichts davon merken könne. Bohlin nimmt ferner an, daß die Blausäure vielleicht nur im Kern des Kometen vorhanden sei, und im übrigen zweifelt er sehr daran, daß der Schweif lang genug sei, um die Erde zu treffen. Arrhenius hat Stockholms „Aftonbladet" gegenüber geäußert: „Sozialdemokraten" kann ruhig sein, denn der Halleysche Komet wird uns lange nicht so viel Unannehmlichkeiten bereiten wie der Großstreik." Man könnte danach annehmen, daß das Zentralorgan der schwedischen Sozialdemokratie in der Bevölkerung Furcht vor einem nahenden Weltuntergang erregt habe. Demgegenüber ist festzustellen, daß „Sozialdemokraten" schon gleich nach Bekanntwerden der Pickeringschen Entscheidung schrieb, daß irgend ein Grund, solche Gefahr zu befürchten, nicht vorliege. Die Kometenschweife seien in der Regel so dünn, daß man sich gar keinen Begriff davon machen könne. Nur eine zufällige Verdichtung des Schweifes könne vielleicht eine Vergiftung der Erdatmosphäre mit sich bringen. Es ist also wieder einmal nichts mit der bevorstehenden „Vernichtung aller Sünder", die auch General Booth kürzlich prophezeit hat. So interessant sie wäre, wir werden sie nicht erleben.

Literarisches.

Vom **„Wahren Jacob"** ist soeben die 2. Nummer des 27. Jahrganges im Umfange von 12 Seiten erschienen. Aus ihrem Inhalt erwähnen wir: Bilder: Der Couleurstudent. — Denkmalsentwurf für König Leopold. — Die Bedenken des Junkers. — Dokument zur preußischen Geschichte. — Zum Ordensfest. — Bayerische Heeresreform. — Politisch-technische Errungenschaft. — Abschied aus den Kolonien. Text: Könige. Von Paul Enderling. — „Das Leben für den Zaren". — Der starke Mann am Ziel. Von ef. — Die unsittliche Turnerhose. Von Uno. — Lieber Jacob! Von Fotthilf Nauke. — Wie es König Leopold vor dem Richterstuhl Gottes erging. — Erfroren. Von Alfred Scholz. — Warum die militärische Begeisterung des kleinen Willy nicht stand hielt. — Neu-Erscheinungen auf dem deutschen Büchermarkt. — Elsaß. Von P. E. — Gedanken eines Junkers. — Ein kalter Wasserstrahl. Usw. Der Preis der Nummer ist 10 Pfg. Probenummern sind jederzeit durch den Verlag Paul in Stuttgart, sowie von allen Buchhandlungen und Kolporteuren zu beziehen.

Fachblatt für Holzarbeiter. Heft 1 des fünften Jahrgangs, Januar 1910. Herausgegeben vom Deutschen Holzarbeiter-Verband in Berlin. Der neue Jahrgang führt sich im reich illustrierten Januarheft mit einer Anzahl Abbildungen von recht geschmackvollen Innenarbeiten des Berliner Architekten Schneckenberg ein, zu denen Robert Breuer den Text schrieb. Von dem übrigen reichhaltigen Inhalt heben wir hervor: Was sagen uns die alten Vorbilder? Von Wilh. Langenbruck. Über die ästhetischen Grundlagen der Drechslerarbeit. Von Alwin Reißmann. Das Furnieren. Von E. Augst. Allerlei Bauarbeiten. Von O. Winkelmüller. (Mit Abbildungen.) Fortschritte auf dem Gebiet der Eichenholzbeizung. Von Chemiker W. Zimmermann. Warum etliche Meister die Schulen bekämpfen. Von Robert Breuer. Neben diesen größeren Arbeiten enthält das Heft eine Anzahl kleinerer Textbeiträge und eine große Zahl von Originalentwürfen und Konstruktionszeichnungen. Das Fachblatt für Holzarbeiter erscheint am 15. jeden Monats und ist gegen 1 Mark pro Vierteljahr bei allen Postanstalten und den Verwaltungsstellen des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes zu abonnieren, sowie beim Verlag: Berlin C 2, Neue Friedrichstraße 2.

Briefkasten.

P. P. Wann die Israelsdorfer Waldfeste stattgefunden haben oder stattfinden, hat uns noch nie interessiert. Uns ist deshalb auch unbekannt, ob 1904 ein- oder zweimal eine derartige Veranstaltung arrangiert worden ist.

Verantwortlicher Redakteur: Paul Löwigt.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer u. Co
Sämtlich in Lübeck.